Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 146. Montag, den 25. Juni 1917. 24. Jahrg.

Unabhängige Quertreibereien gegen den Frieden.

Von Otto Braun.

Die neue Partei der „Unabhängigen", die sich in Berlin ein eigenes Bureau mit Sekretären und einem Leiter des Pressedienstes eingerichtet hat, scheint den Ehrgeiz zu besitzen, den alten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie durch einen neuen „unabhängigen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" zu ersetzen.

Nach echter Reichsverbandsmanier wird von dieser unabhängigen Zentrale aus systematisch Schmutz gegen die Partei geschleudert, ihre Führer werden verunglimpft. Aus persönlichen Internas und Vorkommnissen in Parteibetrieben wird Wahres, Verzerrtes, und Erlogenes zu einem Weichselzopf verwoben und mit unleugbarem reichsverbändlerischen Geschick so aufgemacht, daß es seinem Zweck, die Partei bei gutgläubigen Arbeitern herabzusetzen, nur zu gut dient.

Die unabhängige Presse, nicht zuletzt auch die Presse der geschworenen Arbeiterfeinde, nimmt mit sichtlichem Behagen von diesem Material Notiz. Mit dieser „grundsätzlich sozialistischen Propaganda" glaubt man wohl den Zulauf zu den Unabhängigen aus den über die mißlichen Kriegsverhältnisse mit Recht unzufriedenen Massen zu heben.

Ein Glanzstück hat dieser neue Reichsverband neuerdings mit seinen Quertreibereien gegen die Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie geleistet. Unter der Ueberschrift „Die Wahrheit der Friedenspolitik der Regierungssozialisten" veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung" zwei Artikel, die ihrer ganzen Aufmachung nach aus der oben erwähnten Zentrale stammen und wohl zur weiteren Verbreitung in Arbeiterkreisen bestimmt sind.

Dort wird, um die friedensfördernde und dadurch für die sozialdemokratische Partei auch werbende Wirkung des Memorandums der Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der deutschen Gewerkschaften in Stockholm zu beeinträchtigen, unter Aneinanderreihung von angeblichen Aussprüchen einzelner Genossen in den Sitzungen der Reichstagsfraktion nachzuweisen versucht, daß die Partei zu den Friedenszielen bisher eine andere Stellung eingenommen, im Gegensatz zu ihrer jetzigen Stellung Annexions- und Eroberungspolitik getrieben und gefördert habe.

Wäre dieser Vorwurf, daß die Partei ihre Stellung in dieser Frage geändert habe, so wahr, wie er tatsächlich unwahr ist, dann würde es sich noch immer eigenartig ausnehmen, daß er von einer Partei erhoben wird, in deren Zentrale ehemalige Parteimitglieder sitzen, die, wie Dittmann, in den ersten Kriegsmonaten die Kriegspolitik der Partei mit begeisternden und überzeugenden Reden verteidigte, um sie dann später allerdings in Grund und Boden zu verdammen. Oder wie Eichhorn, der die früheren „Vorwärts"-Redakteure, die diese Politik verwarfen, deshalb als Idioten bezeichnete, was ihn freilich später nicht hinderte, mit ihnen gemeinsam diese Politik wieder zu bekämpfen.

Aber das nur nebenher.

Es sollen hier auch nicht die aus unkontrollierbaren Notizen einzelner Fraktionsmitglieder zusammengetragenen angeblichen Aussprüche aus den Sitzungen der Reichstagsfraktion auf ihre Richtigkeit hin nachgeprüft und eventuell gezeigt werden, wie sie dadurch, daß sie aus dem Zusammenhang gerissen, mit irreführenden Schlußfolgerungen versehen sind, ein ganz falsches Bild über die Beratungen und die Stellungnahme der Fraktion geben. Sollten die in Frage kommenden Fraktionsmitglieder eine Richtigstellung noch als notwendig erachten, werden sie es wohl selbst besorgen.

Gegenüber den unabhängigen Verdrehungskünsten muß aber immer wieder betont werden, daß die berufenen Vertretungen der Partei sich in allen ihren Kundgebungen und Aktionen von der Erklärung der Reichstagsfraktion am 4. August 1914 ab bis jetzt gegen alle Annexionsbestrebungen mit Nachdruck gewandt haben. Daran ändern auch die Aussprüche einzelner Parteimitglieder wie der Umstand nichts, daß die Betonung dieses Standpunktes bei manchen früheren Anlässen von der Fraktionsmehrheit als unzeitgemäß und die Friedensbestrebungen störend aus taktischen Gründen abgelehnt wurde. Doch darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Hier soll nur auf die verderbliche Wirkung hingewiesen werden, die derartige aus verbissener Rechthaberei geborene und von kleinlichem „unabhängigem" Parteiinteresse geleitete demagogische Quertreiberei auf die Friedensarbeit der Partei ausübt.

Alle Welt ersehnt den Frieden und blickt mit Hoffnung und Vertrauen auf die Arbeit der sozialistischen Internationale in Stockholm, die nicht zuletzt durch die Initiative gerade des deutschen Parteivorstandes in Bewegung gebracht wurde.

Die Vertreter der Partei in Stockholm legten in eingehenden Beratungen die Stellung unserer Partei zu den Kriegs- und Friedenszielen dar und formulierten die Grundsätze, die nach ihrer Auffassung eine geeignete Grundlage für einen Frieden der Verständigung bieten konnten.

Und was tun die „Unabhängigen"? Obwohl sie ihre Pässe gleichzeitig mit den Vertretern der Partei erhielten, versuchten sie vorerst der Welt Glauben zu machen, ihrer Reise nach Stockholm würden von der deutschen Regierung Hindernisse in den Weg gelegt. Als das nicht mehr verzog, blieben sie gleichwohl mit den Pässen in der Tasche in Berlin sitzen und fuhren trotz mehrfacher dringender Einladung des Komitees in Stockholm nicht nach dort. Unter allerhand Vorwänden schoben sie ihre Reise nach Stockholm fortgesetzt auf, während ihre Agitatoren inzwischen im Lande den Arbeitern klar zu machen suchten, daß die „Unabhängigen" für den Frieden, die Partei für den Krieg sei und somit jeder, der den Frieden wolle, sich den „Unabhängigen" anschließen müsse.

Während sie sich so mit den der Herbeiführung des Friedens dienenden Verhandlungen sehr viel Zeit ließen, sind ihre Preßorgane indes sehr schnell bei der Hand, die selbst nach der Auffassung weiter bürgerlicher Kreise der Anbahnung von Friedensverhandlungen sehr förderliche Tätigkeit der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu durchkreuzen und das Friedenswerk zu stören. Was schert diese Parteizerrütter die bange Sorge der um das Leben ihrer Lieben zitternden Kriegerfrauen und -kinder, der Mütter und Väter, die in heißem Friedensehnen mit zagender Hoffnung nach Stockholm blicken, wenn sie nur ihr sonderbündlerisches Parteisüppchen kochen können. Das geht ihnen über alles. Jetzt, wo alle Kräfte für den Frieden eingesetzt werden müssen, ist für sie das Wichtigste, die Notwendigkeit ihrer Existenz als Sonderpartei nachzuweisen und ihr durch die Spaltung der Partei an der Arbeiterbewegung begangenes Verbrechen zu rechtfertigen.

Daß sie mit diesem Treiben den alldeutschen Kriegshetzern und Annexionspolitikern in die Hände arbeiten und deren kriegsverlängernde Tätigkeit unterstützen, kann ihnen schwerlich entgehen. Ein Blick in die agrarische „Deutsche Tageszeitung" und Blätter gleichen Schlages, die mit schmatzendem Behagen das ihnen gebotene „Material" für ihre Zwecke weidlich ausschlachten, müßte sie darüber belehren, wie sie die Bestrebungen fördern, die sie vorgeben zu bekämpfen.

Seit Monaten bekämpfen die alldeutschen Eroberungspolitiker aus den agrarischen und schwerindustriellen Interessentenkreisen mit deren großen Mitteln erbittert die Friedensbestrebungen der sozialdemokratischen Partei. Und was erleben wir da? Ebenso wie am 12. Dezember 1916 bei ihrem Affront gegen das Friedensangebot der deutschen Regierung finden sie auch jetzt wieder in den „Unabhängigen" ihre Partner.

Kein Zweifel, die letzteren werden dabei von anderen Motiven geleitet; sie wollen den baldigen Frieden, wohingegen jene das Gegenteil erstreben. Aber in der Politik kommt es nicht so sehr auf die Motive der Handelnden, als vielmehr auf den Erfolg ihrer Handlungen an, der ist entscheidend. Und im Erfolg laufen die Treibereien der „Unabhängigen" gegen die Partei und ihre Friedensarbeit auf dasselbe hinaus wie das Treiben der Alldeutschen. Sie stören beide Friedensbestrebungen und wirken dadurch kriegsverlängernd.

Das sollen endlich auch jene Arbeiter einsehen, die umnebelt von dem Dunst unabhängiger Demagogie sich durch Schlagworte von „Regierungssozialisten" und „Parteiverrätern" aus der Partei heraushetzen und in die Gefolgschaft jener Schädlinge der Arbeiterbewegung locken ließen.

Zu den Verhandlungen in Stockholm.

Stockholm, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Es erhält sich die Meldung, daß morgen (Sonntag) 16 russische Delegierte hier eintreffen. Unbekannt ist, ob sie für die Zimmerwalder Konferenz oder für die anderen Beratungen bestimmt sind. Hier herrscht große Unklarheit über alle russischen Vorgänge. Huysmans erhielt vom Petersburger Exekutivkomitee eine Depesche, nach der erst der jetzige Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrats über die Stockholmer Konferenzdelegation entscheiden solle; er ist ersucht worden, nach Petersburg zu kommen.

*

Da die Komiteemitglieder Troelstra und Alberda zur Vereidigung als Abgeordnete nach Holland reisen mußten und für diese die Genossen Vliegen und Wiebaut hier erwartet werden, sollen die Verhandlungen erst in der kommenden Woche fortgesetzt werden.

*

Von der deutschen Minderheit trafen gestern hier ein: Haase, Kautsky, Bernstein, Herzfeld (letzterer für Hoffmann) und Stadthagen. — Haase erklärte auf eine Frage des Komitees, die deutsche Minderheit würde an jeder Konferenz teilnehmen, auch an der Zimmerwalder.

*

Die Verhandlungen mit den Tschechen, zu denen sich gestern Schmeral gestellt hat, sind aufgeschoben worden.

*

Die Fixnländer haben sich für die Zimmerwalder Grundsätze erklärt.

*

Die dritte Zimmerwalder Konferenz

soll am 28. Juni in Stockholm zusammentreten.

Die Herrschaften sollten ihre einzelnen Konferenzen ruhig fahren lassen und sich endlich gemeinsam an einen Tisch setzen, um die Herbeiführung des Friedens zu fördern.

*

Stockholm, 22. Juni. (Meldung des Svenska Telegramm-Bureaus.) Der holländisch-skandinavische Ausschuß empfing am 20. und 21. Juni eine amerikanische Abordnung, bestehend aus Max Goldfarb, Vertreter der amerikanischen Sozialistenpartei, Boris Reinstein von der sozialistischen Arbeiterpartei Amerikas und Davidovitsch von der sozialistischen Landespartei der jüdischen Arbeiter Amerikas. Die Abgeordneten erklärten, sie kämen nach Stockholm, um an der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz teilzunehmen. Die Abordnung schlägt für die Beendigung des Krieges folgendes vor:

Keine Kriegsentschädigungen, Kontributionen oder Annexionen, Zurückerstattung der eroberten Kolonien und Gebiete, Polen ausgenommen, das frei, unabhängig und geeint wiederhergestellt werden soll, Anwendung der Volksabstimmung auf jedes umstrittene Gebiet, wie Elsaß-Lothringen, Anerkennung des Rechts jeder Nationalität, das eigene Schicksal zu bestimmen.

Die internationale sozialistische Bewegung soll zur Einschränkung des Wettkampfes im Handel die Bestrebungen für die Föderativstaaten fördern, wie beispielsweise die vereinigten Staaten des Balkans oder die vereinigten Staaten von Europa,

die Wiederherstellung der verwüsteten Länder, wie Belgien, Serbien und Galizien,

die Abschaffung der Geheimdiplomatie.

Der Friedenskongreß muß aus Vertretern bestehen, die besonders von den Völkern der Kriegführenden wie der Neutralen gewählt werden, nicht von den Diplomaten und Beamten, die Einrichtung einer internationalen Stelle zur Ueberwachung aller Verabredungen zwischen den Nationen, mit der Ermächtigung, die Nationen auszuschließen, die deren Beschlüsse nicht ausführen. Zur möglichst baldigen Beendigung des Krieges empfiehlt die Abordnung die Einrichtung eines besonderen, dauernden sozialistischen Ausschusses mit der Aufgabe, für die Vollstreckung der Beschlüsse der bevorstehenden Sozialistenkonferenz zu arbeiten.

Der Vertreter der jüdischen Arbeiter hob hervor, daß seine Partei die genannten Vorschläge billigte, und legte gewisse Sonderwünsche der Juden dar, nämlich die Aufhebung der bürgerlichen, politischen und nationalen Beschränkungen und die nationale Autonomie des jüdischen Volkes in den Ländern, wo es in geschlossenen Massen lebt, die freie Einwanderung der Juden und Kolonisation, besonders in Palästina. Diese Forderungen seien auf dem jüdischen Arbeiterkongreß in Neuyork aufgestellt worden und würden auch von der amerikanischen Sozialistenpartei unterstützt.

Die Kriegslage.

An der flandrischen Küste belegten die Engländer Warneton mit schweren Kalibern. Der am 23. Juni gemeldete britische Vorstoß auf die deutschen Gräben westlich dieser Stadt wurde von Neuseeländern ausgeführt; 16 wurden gefangengenommen und ein Maschinengewehr erbeutet. Die Fliegertätigkeit war rege. Nachdem deutsche Flieger am 23. Juni 2,30 Uhr nachmittags drei feindliche Ballone abgeschossen hatten, sprangen aus neun weiteren Ballonen die Beobachter mittels Fallschirms ab, wodurch auf einer weiten Strecke die englische Luftbeobachtung lahmgelegt wurde.

An der Arras-Front war die Artillerietätigkeit lebhaft. Mit besonderer Heftigkeit lag das englische Feuer auf den bekannten Frontstellen in der Gegend von Oppy sowie zwischen der Scarpe und Bullecourt, wo die Engländer nun schon seit Wochen und Monaten unter schwersten Verlusten vergeblich gegen die deutschen

Stellungen anrennen. Dicht südlich der Scarpe folgte nach Feuersteigerung ein Angriff, der größtenteils durch Abwehrfeuer, an einer Stelle durch Gegenstoß, abgewiesen wurde. In der Gegend von Gavrelle stieß eine deutsche Patrouille bis in den englischen Graben vor und brachte ein Maschinengewehr zurück.

An der Aisne-Front konzentrierten die Franzosen ihr Artilleriefeuer gegen die am 22. Juni von den Deutschen eroberten Gräben südöstlich von Filain. Auch die deutschen Stellungen und Batterien in der Gegend von Vauxaillon und Laffaux wurden unter heftiges Feuer genommen. Die deutsche Artillerie wirkte mit beobachtetem guten Erfolge gegen zahlreiche feindliche Batterien. In der Gegend von Juvrincourt verursachte ihr Feuer Explosionen und Brände, die mehrere Stunden anhielten. In der Westchampagne zwang das konzentrisch zusammengefaßte deutsche Feuer die Franzosen zur Aufgabe des größten Teiles des am 18. und 21. Juni gewonnenen Geländes südöstlich des Cornillet-Berges. Nur einige unbedeutende Grabenstücke werden von den Franzosen noch gehalten.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der englisch-belgischen Front zwischen Kanal und St. Quentin zeigte auch gestern die Kampftätigkeit nichts Außergewöhnliches.

Starken Feuerwellen folgten nördlich von Warneton und hart südlich der Scarpe englische Erkundungsvorstöße, die abgewiesen wurden.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Im Vauxaillon-Abschnitt und südlich von Filain sowie auf dem Westufer der Aisne, in der westlichen Champagne und auf der linken Maas-Seite war die Artillerietätigkeit zeitweilig stark. Zusammengefaßtes Wirkungsfeuer zwang die Franzosen, das am 18. und 21. Juni östlich des Cornillet-Berges gewonnene Gelände zu räumen. Unsere Erkunder stellten hohe Verluste des Feindes fest.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

*

Im Wytschaete-Bogen wurden von unseren Fliegern drei Fesselballone abgeschossen; außerdem verloren die Gegner drei Flugzeuge.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

*

Berlin, 24. Juni, abends.

Nur von räumlich begrenzten Stellen der Front ist lebhaftere Gefechtstätigkeit gemeldet.

*

Wien, 23. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Gebirgsfront und in Wolhynien lebte das feindliche Artilleriefeuer vorübergehend auf. Die anhaltende Beschießung des Raumes südlich Brzezany wurde von unseren Batterien kräftig erwidert.

Italienischer und südlicher Kriegsschauplatz.

Geringe Gefechtstätigkeit.

*

Wien, 24. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Galizien hat der Artilleriekampf wieder etwas nachgelassen. Am 22. Juni wurden östlich von Brzezany und Zborow sechs feindliche Flieger abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Patrouillengeplänkel.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 23. Juni, nachmittags: Die Nacht wurde gekennzeichnet durch heftige Artilleriebeschießung, der eine neue Reihe deutscher Angriffe und Versuche gegen die in den vorhergehenden Tagen angegriffenen Punkte einerseits in der Gegend von Vauxaillon, andererseits südlich und südöstlich von Filain folgten. Alle Angriffe wurden abgewiesen und trugen dem Feinde nur ernste Verluste ohne irgendeinen Vorteil ein. Der Kampf war besonders lebhaft zwischen der Royere Fme. und der Froidmont Fme. Die Deutschen, die die Angriffsfront östlich von Epine Chevrigny bis nördlich der Froidmont Fme. ausgedehnt hatten, vervielfältigten die Anstrengungen, um die Stellung zu nehmen, an der sich abends vorher ihre Angriffe gebrochen hatten. Die von unserem Feuer gebrochenen Sturmwellen konnten sich weder unseren Linien nähern, noch aus dem vorspringenden Winkel hervorbrechen, in den sie gestern eingedrungen waren. Andere feindliche Angriffsversuche östlich von Chevreux, östlich von Cavaliers de Courcy und im Abschnitt von Les Chambrettes scheiterten gleichfalls. Unsererseits machten wir mehrere Einbrüche in die deutschen Linien, wobei wir Gefangene einbrachten.

Abendbericht: Am Chemin des Dames dauerte der Artilleriekampf den ganzen Tag über südlich und südöstlich von Filain und in der Gegend von Craonne und Cheveux an. Keine Infanterietätigkeit. Die Deutschen beschossen Reims weiter. Heute fielen 1200 Granaten auf die Stadt. Der Tag war ruhig auf der übrigen Front.

Belgischer Bericht: Ziemlich heftiger Artilleriekampf gegen Dixmuiden, Wytschaete und im Abschnitt Steenstrate-Het Sas.

Englischer Bericht: vom 23. Juni: Unsere Truppen unternahmen einen Streifzug gegen die feindlichen Stellungen nördlich von Gavrelle. Wir machten in der letzten Nacht einige Gefangene. Wir machten im Verlaufe der erfolgreichen örtlichen Kampfhandlungen bei Warneton eine Reihe weiterer Gefangener. Eine deutsche Streifabteilung wurde nordöstlich von Ypern zurückgeschlagen.

Abendbericht: Bei den Patrouillengefechten in der letzten Nacht südlich von Armentieres hielten oder fingen portugiesische Truppen eine ganze deutsche Streifwache. Sonst nichts zu berichten, außer Artillerietätigkeit an verschiedenen Punkten.

Rußland.

Neue Sturmzeichen aus Petersburg.

Nach einer Hauptmeldung ist in der russischen Hauptstadt das Kriegsrecht verhängt worden.

Ueber die Ursachen dieser Maßregel gibt vielleicht Reuter in folgenden Meldungen nähere Auskunft: Anarchisten bemächtigten sich des Landhauses des Generals Durnowo in der Wiborger Vorstadt Petersburgs. Die vorläufige Regierung befahl ihnen, abzuziehen, andernfalls Waffengewalt angewandt würde. Eine Menge von mehreren Tausenden umgab das Haus mit der Absicht, die Anarchisten zu verteidigen.

Ueber die merkwürdigen Vorgänge vor dem von Anarchisten besetzten Hause des Generals Durnowo in Petersburg meldet Reuter in einem Telegramm aus Petersburg weiter folgende Einzelheiten: Der russische Justizminister hatte sich morgens zur Räumung des Hauses des Generals Durnowo ins Wiborg-Viertel begeben. Die Anarchisten in Petersburg hielten hierauf eine Versammlung ab, in der Delegierte von fast Fabriken aus dem Stadtviertel teilnahmen. Diese Delegierten erklärten, daß sie die Anarchisten gegen die Gewaltmaßregeln der Regierung verteidigen würden. Gegen Mittag war das Haus von einer Volksmenge umringt, eine Anzahl Personen war mit Gewehren bewaffnet. Mehrere Redner hielten Ansprachen an die Menge. Sie erklärten unter großer Erregung, daß ein blutiger Zusammenstoß unvermeidlich wäre, wenn Zwangsmaßregeln angewendet würden. Der Versammlung wohnten auch Abgesandte aus Kronstadt bei. Sie gaben zu erkennen, daß sofort, wenn sie angerufen würden, Abteilungen bewaffneter Matrosen aus Kronstadt nach Petersburg kommen würden, um die Anarchisten zu verteidigen. Viele Leute in der Volksmenge trugen Fahnen mit Aufschriften wie: „Weg mit den Feinden des Volkes!" „Es lebe die sozialistische Republik!" Mittags 2 Uhr kam der Unterstaatssekretär des Justizministeriums und eröffnete Verhandlungen mit den Anarchisten, die aber zu keinem Ziele führten. Der Rat der Arbeiter und Soldaten erließ einen Aufruf an die Arbeiter. **Danach gab die vorläufige Regierung Befehl, daß zu einer festgesetzten Stunde das Haus geräumt werden müsse; geschähe dies nicht, so würde Waffengewalt angewandt werden.**

In dem vorerwähnten Aufruf des A. und S.-R. heißt es u. a.: Seit Beginn der Revolution haben mehrere Leute, die sich kommunistische Anarchisten nennen, das Landhaus des Generals Durnowo im Wiborger Viertel besetzt. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte schon damals, daß es nicht zulässig sei, in Privathäuser ohne Einwilligung der Besitzer einzudringen. Jetzt dringt die vorläufige Regierung darauf, daß das Haus sofort geräumt wird. Dieses Verlangen setzte die Arbeiterschaft in Aufregung. Zahlreiche Arbeiter erklärten, daß sie das Haus mit Waffengewalt verteidigen würden. Außerdem wurde in vielen Werkstätten des Wiborger Viertels der Ausstand erklärt. Nach Prüfung der Lage wurde beschlossen, die Petersburger Bevölkerung wissen zu lassen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat jedes Eindringen in Privat- oder öffentliche Räume verbietet und solche Taten als gegen die Sache der russischen Revolution gerichtet ansieht. Die Arbeiterschaft im Wiborger Viertel wird aufgefordert, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, da jeder Ausstand nur der Gegenrevolution zugute kommt. Als ganz unerträglich und äußerst gefährlich für die Sache der Revolution wird die Veranstaltung von bewaffneten Kundgebungen ohne direkten Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates angesehen.

*

Matrosendemonstrationen in Sewastopol.

In den letzten Tagen fanden stürmisch verlaufene Versammlungen von Matrosen statt, in denen die Redner ihr Mißtrauen gegenüber gewissen Offizieren äußerten, die einer Rückkehr des alten Regimes günstig gesinnt seien. Vier Offiziere wurden verhaftet. Die Versammlung der Vertreter der Garnison beschloß, die Entlassung des Admirals Koltschak, des Oberbefehlshabers der Schwarzmeerflotte, zu fordern. Dieser ist von der Regierung aufgefordert worden, sofort nach Petersburg zu kommen, um Erklärungen über die Ereignisse abzugeben. Nach den Meldungen der Blätter wurde Admiral Lukin zum einstweiligen Befehlshaber der Flotte ernannt. Nach den letzten Nachrichten ist der Zwischenfall Sewastopol beigelegt.

*

Der finnische Sozialistenkongreß

fordert die Trennung Finnlands von Rußland und die Errichtung einer unabhängigen finnischen Republik.

*

Auflösung der Duma und Reichsrat.

Der Kongreß aller Soldaten- und Arbeitervertreter erörterte vor der Besprechung der Kriegsziele Rußlands die Frage der Auflösung des Reichsrates und der Duma. Nach langen Beratungen nahm der Kongreß die von den Minimalisten vorgeschlagene Entschließung an, die besagt, daß die **Duma und der Reichsrat aufgelöst, die Abgeordnetenmandate ungültig erklärt** und die für den Unterhalt dieser Einrichtungen gewährten Kredite aufgehoben werden sollen.

*

Für eine Offensive

sprachen sich die Kosakenvertreter auf ihrer Tagung aus.

*

Gegen die Vergewaltigung Griechenlands.

Nach einer Meldung in „Stockholms Tidningen" aus Haparanda wurde auf dem allgemeinen Arbeiter- und Soldatenkongreß in Petersburg die Meinung ausgesprochen, daß es unbegreiflich wäre, falls die provisorische Regierung an dem Gewaltakte gegen Griechenland beteiligt gewesen sein solle. Im Anschluß daran erklärte Minister Zereteli, daß Rußland durch den Minister des Aeußern Tereschtschenko gegen die in Frage kommende Gewalttat protestierte. Dieser Tage wird das Telegramm veröffentlicht, daß die provisorische Regierung gegen die Verletzung der Rechte Griechenlands und seiner Konstitution Protest erhebt, da nach ihrer Verfassung die griechische Bevölkerung das Recht habe, über sich selbst zu bestimmen.

England.

Der Arbeiterparteiler Thomas

hat nach der „Times" die Ernennung zum Arbeitsminister abgelehnt.

Der Balkankrieg.

Die rumänische Armee ohne Russen.

Das Pariser „Journal" meldet aus Petersburg: Aus unbekannter Ursache hat die Herausnahme der russischen Truppen aus der rumänischen Armee begonnen. Die Neubildung der rumänischen Armee erfolgt wieder in besonderem Verband.

Der Seekrieg.

Der verschärfte U-Bootkrieg.

WTB. Berlin, 23. Juni. (Amtlich.) **Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean: 28 000 Brutto-Reg.-Tonnen. Unter den versenkten Dampfern befinden sich ein englischer Hilfskreuzer, der am 15. Juni frühmorgens vernichtet wurde, ein großer englischer bewaffneter Dampfer und ein unbekannter englischer Frachtdampfer von etwa 4500 Tonnen.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Die norwegische Handelsflotte.

„Nationaltidende" **meldet: Der Vorsitzende des norwegischen Reederverbandes teilte in einer Generalversammlung des Verbandes mit, daß die norwegische Handelsflotte bis heute während des Krieges 585 Schiffe mit zusammen 818 983 Tonnen verloren hat. Bei Ausbruch des Krieges betrug die Tonnage der Schiffe über 2 600 000 Tonnen; somit ist ungefähr ein Drittel verloren. Die Ergänzungen der Handelsflotte während des Krieges durch Neubauten oder Kauf belaufen sich auf 918 000 Tonnen. Da der natürliche Abgang der Schiffe im gleichen Zeitraum einschließlich der** Schiffsverkäufe ins Ausland 702 000 Tonnen beträgt, ist die norwegische Flotte somit heute ungefähr um 600 000 Tonnen geringer als im August des Jahres 1914.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Der Fall Grimm-Hoffmann.

In einer Protestversammlung gegen Hoffmann in Genf wurde folgende Entschließung angenommen: „Die große Volksversammlung vom 21. Juni im Gemeindehaus von Plainpalais protestiert nach Kenntnisnahme der schweren Ereignisse, die unser Land erschüttern und in Anbetracht der Tatsache, daß die Einmischung Herrn Hoffmanns, Chef des politischen Departements, in die innere Politik Rußlands zum Zwecke der Begünstigung eines Separatfriedens mit Deutschland eine schwere Verletzung der schweizerischen Neutralität bedeutet, und ein allgemeines Interesse besteht, eine Untersuchung über die Tätigkeit Herrn Hoffmanns im politischen Departement zu veranstalten, gegen die Unterdrückung der Diskussion im Nationalrat zum Schutze der Schuldigen. Sie verlangt, daß der Exbundesrat Hoffmann unter die Anklage der Verletzung des schweizerischen Neutralitätsbeschlusses vom 4. August 1914 gestellt werde."

Der „Corriere della Sera" meldet aus Petersburg, das Telegramm des Bundesrats Hoffmann an die Schweizer Gesandtschaft sei von der vorläufigen Regierung selbst festgehalten und entziffert worden. Die Regierung habe es infolge der offnen ententefeindlichen Umtriebe Grimms für ihre Pflicht gehalten, die diplomatische Korrespondenz der Schweiz zu prüfen.

Im übrigen ist jetzt festzustellen, daß Branting diese widerrechtlich chiffrierte Depesche aus der „Times" nachgedruckt hat. Er hat also weiter nichts getan, als die selbstverständliche Pflicht eines neutralen Publizisten erfüllt, überaus wichtige Ereignisse seinen Lesern nicht vorzuenthalten.

*

Die Warschauer Hochschulen geschlossen.

Seit einigen Wochen macht sich bei der studierenden Jugend der Warschauer Hochschulen ein Widerstand gegen die Anordnungen der Universitätsverwaltung bemerkbar, der insbesondere darin Ausdruck fand, daß die Bezahlung der bei Semesterbeginn schuldigen Kollegiengelder verweigert wurde. Generalgouverneur v. Beseler bestimmte deshalb, daß der Betrieb der beiden Hochschulen in Warschau bis auf weiteres eingestellt wird.

*

Drei tschechische Regimenter

sind nach Mitteilungen des österreichischen Landesverteidigungsministers im Immunitätsausschuß des Reichsrates **während des Krieges zum Feinde übergegangen** und bilden dort Legionen, die gegen ihre Landsleute kämpfen. Ein Abgeordneter erklärte, er sei überzeugt, daß der Minister noch lange nicht alles gesagt habe.

*

Gegen Wilson.

Nieuwe Büro meldet aus Washington: Vor dem Weißen Hause fanden Zusammenstöße zwischen Frauenrechtlerinnen und einer Menge statt. Die Frauenrechtlerinnen stellten sich mit Fahnen auf, die beleidigende Inschriften gegen Wilson zeigten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Schulreform in Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung stimmte den Anträgen auf Aenderungen im höheren Schulwesen zu. Es sollen nach diesen Anträgen die Vorschulen der höheren Schulen abgebaut und den Knaben wie den Mädchen der Volksschulen Aufstiegmöglichkeit gegeben werden.

Herr v. Batocki zur Kohlennot.

In einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt hat der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Marquardt Maßregeln zur schleunigen Beseitigung der Kohlennot gefordert. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat hierauf geantwortet, daß die Versorgung der Landwirtschaft und des Hausbrandes mit Kohle eine unbedingte Voraussetzung des Durchhaltens ist, dieser Auffassung stimme er in vollem Umfange zu. Auch eine schärfere Ueberwachung der Kleinhandelshöchstpreise sei geboten. Er habe in letzter Zeit mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen und hoffe, daß schon in den nächsten Tagen Anordnungen getroffen werden.

Die Majestätsbeleidigung eines Alldeutschen.

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Königsberg berichtet, daß der ordentliche Professor der Theologie an der Königsberger Universität, Friedrich Lezius, einer der hauptsächlichsten Wortführer der annexionistischen Bewegung in der ostpreußischen Hauptstadt, wegen Majestätsbeleidigung von seinem Lehramt suspendiert worden sei. Der Berichterstatter bemerkt noch: Prof. Lezius lebte früher als Pfarrer in Kurland und war von der Regierung des Zaren seinerzeit zwangsweise nach Sibirien abgeschoben worden.

Der württembergische Ministerpräsident gegen den „Scheidemann-Frieden".

In der Generaldebatte der Zweiten Kammer zum Etat am Sonnabend sagte der württembergische Ministerpräsident:

Was die Frage der Vereinfachung der Verwaltung anlange, so könne sie ebensowenig wie die Neuorientierung im Sturm verhandelt werden. Eine Lösung sei erst möglich, wenn in Deutschland wieder Neuwahlen stattgefunden haben. Die württembergische Regierung habe die kaiserliche Osterbotschaft mit Interesse und Befriedigung aufgenommen. Er würde es auch für falsch halten, wenn die Verbündeten Regierungen jetzt einen Generalprotest gegen das Vorgehen im Reichstage erhöben. Die Politik des Reichskanzlers sei von der württembergischen Regierung während des Krieges mit vollständiger Überzeugung unterstützt worden.

Eine Unterhaltung über die Kriegsziele sei nicht besonders nützlich, ja gefährlich. Die Feinde wüßten, daß Deutschland nach glänzender Abwehr der feindlichen Angriffe zu einem maßvollen Frieden bereit sei, brutaler aber könne man Eroberungsziele nicht aussprechen, als dies durch die Feinde geschehe. Unter solchen Umständen habe ein Scheidemannscher Frieden keine Bedeutung; solchen Kriegszielen würden unsere Soldaten eine noch kräftigere Verteidigung entgegensetzen. Die Kämpfenden an der Front seien dauernd von denkbar bestem Geiste erfüllt. Hieraus ergebe sich die

Hoffnung, daß eine Umkehr in der Gesinnung der Feinde bald kommen würde.

Der Herr Ministerpräsident wird wohl noch ersucht werden, sich darüber auszusprechen, inwiefern sich ein „maßvoller Frieden" von einem „Scheidemannfrieden" unterscheidet.

Die Beschränkung des Aufenthalts in Bayern.

Bayern hat bisher noch immer eine starke Anziehungskraft auf viele reiselustige und kapitalkräftige Leute ausgeübt, da dort die Ernährungsverhältnisse im allgemeinen noch besser lagen, als in anderen Gegenden des Reiches. Jetzt hat das bayerische Kriegsministerium angekündigt, daß in den Gemeinden unter 6000 Einwohnern nur diejenigen Haushaltungen noch Fremde beherbergen dürfen, die das in den letzten drei Jahren schon getan haben, ausgenommen sind Gastwirtschaften, Fremdenheime und Heilanstalten, die bisher schon Fremde gewerbsmäßig beherbergt haben. Die zulässige Personenzahl und Verpflegungszeit wird von Distriktsbehörden festgesetzt, und zwar auf Widerruf. Er soll bei Gefährdung des Nahrungsmittelbestandes der Einheimischen eintreten, wenn jedoch, dann unter kurzfristiger Ausweisung der Fremden aus Ort und Bezirk erfolgen. Das Aufkaufen von Lebensmitteln ist unter Androhung der strengsten Geld- und Gefängnisstrafen verboten.

Einführung von Wirtschaftskarten für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Vom Kriegsernährungsamt werden jetzt die Unterlagen zur Erfassung der diesjährigen landwirtschaftlichen Produktion bekannt gegeben. Um diese Produktion restlos zu erfassen, ist die Einführung von Wirtschaftskarten für die landwirtschaftlichen Betriebe des Deutschen Reiches beschlossen. Zur Führung dieser Karten sind die Kommunalverbände verpflichtet, die wiederum ihren untergeordneten Gemeinden die gleiche Verpflichtung auferlegen können.

Der Zweck der Wirtschaftskarte ist die möglichst genaue Feststellung der Ernteerträge und die scharfe Kontrolle des den Unternehmern zustehenden Eigenverbrauchs und der ihnen auferlegten Lieferungen. Zu diesem Zweck muß auf der Karte vermerkt werden: die Bodenfläche des landwirtschaftlichen Betriebes und der zum Betrieb gehörenden Personen, Zahl und Art des vorhandenen Viehes, die mit Frucht bebaute Fläche, das Ergebnis der Ernteeinschätzung und der Nachprüfung, die Menge und die Kontrolle des benötigten Saatgutes, der für den Betrieb notwendige Anteil von Brot- und Futtergetreide, die fortlaufende Kontrolle der nach Abzug der vorher erwähnten Menge noch verbleibenden Vorräte. Die Kommunalverbände sind berechtigt, noch weitere Feststellungen vorzunehmen, insbesondere wenn ihnen die mitgeteilten Ernteerträge zu hoch oder zu gering erscheinen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, Selbstversorgerlisten anzulegen, in denen auch der Name des Müllers angegeben sein muß. Ein Wechsel desselben ist nur in besonderen Fällen mit Zustimmung der amtlichen Stelle möglich, um den Selbstverbrauch an Getreide nicht der Kontrolle zu entziehen.

Ueber die abgelieferten Produkte erhält der Unternehmer Quittungen, die er bei vorzunehmenden Revisionen vorzulegen hat, auf Grund deren der noch vorhanden sein sollende Bestand festgestellt wird, der dann nachzuweisen ist.

Zur Kontrolle der Selbstversorger sind Mahlkarten vorgesehen, welche das Mehl auf dem Wege zur Mühle begleiten. Für die Versorgungsberechtigten ist die Entnahme von Brot und Mehl an Brotkarten geknüpft.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Uebergangsministerium. Die Ministerkrise in Oesterreich ist vorläufig erledigt, nachdem der Leiter des Ackerbauministeriums Dr. von Seidler die Bildung eines Uebergangsministeriums für die Erledigung der dringendsten parlamentarischen Geschäfte in die Hand genommen hat. Die Parteiführer erklärten sich zustimmig, mit Ausnahme der Südslawen. Die Zusammensetzung des Kabinetts ist folgende: Ministerpräsident: v. Seidler, Volksernährung: Genralmajor Höfer, Inneres: Graf Toggenburg, Landesverteidigung: Feldmarschalleutnant Czapp, Handel: Mataia, Finanzen: v. Wimmer, Unterricht: Ewiklinski, Justiz: Schauer, Oeffentliche Arbeiten: Homan, Eisenbahnen: Frhr. v. Banhaus, Ackerbau: Sektionsrat v. Ertl, Hofrat Twardowski wird unter Ernennung zum Sektionschef Nachfolger des Ministers Bobrzynski.

Dänemark.

Das Ende der Stauning-Krise. Die dänische Krise, die sich an den Fall Stauning knüpfte, endet mit einer Wiederherstellung des bedrohten Burgfriedens. Allerdings mit Ausschluß eines äußersten Flügels der Konservativen, die in der Opposition verharren. Rottböll bleibt, nachdem der König ein Rücktrittsgesuch abgelehnt hat, als Vertreter des freikonservativen Flügels im Kabinett. Der Widerstand gegen Minister Stauning und seine Stellung zur sozialistischen Friedensarbeit wird also von dieser Seite nicht fortgesetzt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 25. Juni.

Die Tage der Rosen sind nun wieder gekommen. In den Gärten blühen sie, die roten, weißen und gelben Rosen und erfüllen die Sommerluft mit ihrem berauschenden Duft. Keiner Blume wurde von jeher eine solche Verehrung zuteil wie der Rose. Schon im Altertum hieß sie die Königin der Blumen oder die Blume der Blumen. Bei den alten Griechen war sie Aphrodite, der Göttin der Liebe, und Eros geweiht. Sie war allgemein das Sinnbild der Anmut, der Schönheit und der Jugend, wegen ihres raschen Vergehens aber auch das des schnellen Verfalles und der Vergänglichkeit alles Irdischen. Wie keine Blume mehr Verehrer und Verehrerinnen gefunden hat als die rasch welkende Rose, so hat auch keine so viel Dichter gefunden. In Griechenland und im alten Rom, im Persien der alten Zeit, überall wird die Rose als schönste Blume von den Dichtern gefeiert. Die Morgenröte nennt sie Homer, und unzählige Dichter der Alten wissen Herrliches über die Rose, aber auch Wehmütiges über ihr rasches Verwelken zu berichten. Ausonius singt im 4. Jahrhundert unseres Zeitalters:

Einen einzigen Tag umfaßt das Leben der Rose,
Das in einem Moment Jugend und Alter verknüpft.

und weiter:

Pflücke die Rosen, o Mädchen, so lange sie grünen und blühen,
Wisse, daß auch dein Lenz schnell wie die Rose vergeht.

Firdusi, der größte persische Dichter, singt von der Rose:

Siebzehnmal die Rose blühte,
Siebzehnmal ist sie verwelket;
Und die Nachtigall besang sie
Und verstummte siebzehnmal.

Auch in Deutschland gibt es kaum einen Dichter, der der Rose nicht ein Gedicht oder mehrere gewidmet hätte. Altmeister Goethe sang:

Sah ein Knab' ein Röslein stehn . . .

und in Hermann und Dorothea heißt es:

Aber Rosen winde genug zum häuslichen Kranze,
Bald als Lilie schlingt silberne Locke sich durch.

Chamisso, Logau, Hölty, Lessing, Uhland, Platen, Rückert, Emanuel Geibel und viele andere, alle haben die Rose besungen. Wie schön weiß Platen die Rose zu schildern, wenn er sagt:

An Dauer weicht die Rose dem Rubin,
Ihn aber schmückt des Taues Träne nicht.

und Lenau singt:

Diese Rose pflück' ich hier
In der fremden Ferne;
Liebes Mädchen, dir, ach dir
Brächt' ich sie so gerne!

Doch bis ich zu dir mag ziehn
Viele weite Meilen,
Ist die Rose längst dahin,
Denn die Rosen eilen.

Nie soll weiter sich ins Land
Lieb' von Liebe wagen,
Als sich blühend in der Hand
Läßt die Rose tragen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 25. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Im Dünenabschnitt zwischen Yser und Lys war gestern nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Er dauerte bis in die Nacht an.

Vom Da-Bassee-Kanal bis auf das südliche Scarpe-Ufer war gleichfalls die Kampftätigkeit lebhafter als an den Vortagen. Vormittags scheiterten englische Vorstöße nördlich des Souchez-Baches und östlich der Straße von Lens und Arras. Abends wiederholte der Feind seine Angriffe auf beiden Souchez-Ufern. Auch diesmal wurde er zurückgeschlagen. Etwa gleichzeitig stürmten starke englische Kräfte bei Hulluch gegen unsere Stellungen.

Im nächtlichen Nahkampfe und durch Feuer wurde der Gegner abgewiesen. Mit kleinen Abteilungen versuchten die Engländer vergeblich auch an mehreren anderen Stellen zwischen Meer und Somme in unsere Gräben zu dringen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Franzosen griffen zweimal bei Vauxaillon die kürzlich von uns genommenen und gehaltenen Linien an. Beide Angriffe blieben ergebnislos. Die über freies Feld vorgehenden Sturmwellen erlitten in unserem Feuer schwere Verluste.

Die Artillerietätigkeit war außer an dieser Kampfstelle auch bei Ailles, östlich von Craonne, westlich der Suippes, bei Ripont und auf dem linken Maasufer rege.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine größeren Gefechtshandlungen.

Gestern sind 8 Flugzeuge und 3 Fesselballons der Gegner abgeschossen worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heftiges Feuer an der oberen Strypa und zwischen der Zlota Lipa und Narajowka. Hier holten unsere Sturmtruppen eine Anzahl Gefangene aus den russischen Gräben.

In den Karpathen war die Gefechtstätigkeit nördlich von Kirli-Baba lebhafter als sonst.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am Doiran-See und in der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Zusammenstößen englischer Streifabteilungen mit bulgarischen Posten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

„Ohne Würde." Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat, wie wir berichteten, eine internationale sozialistische Konferenz zum Zwecke der Herbeiführung eines allgemeinen Friedens nach Stockholm berufen und dazu telegraphisch auch die deutsche sozialdemokratische Partei eingeladen. Die Delegation der deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften in Stockholm hat darauf eine längere Antwort im zustimmenden Sinne erteilt, die wir am Freitag veröffentlichten. Darin heißt es u. a.: „Das vom Arbeiter- und Soldatenrat und der russischen Demokratie proklamierte Ziel: Friede ohne Annexionen und Entschädigungen ist auch unser Ziel. Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands, das von jeher die russischen Freiheitskämpfe mit der größten Bewunderung verfolgt und tatkräftig unterstützt hat, wünscht nach dem Siege der russischen Revolution auf das lebhafteste eine dauernde Befestigung der russischen Demokratie. Sein eigenes Interesse, seine Kämpfe für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands machen ein freies, demokratisches Rußland als Nachbar dringend erwünscht. Ein auf Freiheit und Freundschaft beruhendes nachbarliches Verhältnis ist auch die sicherste Garantie für einen dauernden Frieden in Europa. Unsere Bestrebungen sind auf rasche und gänzliche Beendigung des furchtbaren Völkergemetzels gerichtet. Ebenso wie der Arbeiter- und Soldatenrat haben auch wir bei unserer Friedensarbeit nur den allgemeinen europäischen Frieden im Auge gehabt."

Hier wird das kurz und klar zum Ausdruck gebracht, was viele Millionen vernünftig denkender Deutscher wollen und erstreben: Friede und Freiheit. Die eroberungslüsternen „Lübeckischen Anzeigen" kommentieren dagegen diese Ausführungen wie folgt:

„Kurz, kühl und herrisch hat Herr Tscheidse die Konferenz nach Stockholm „einberufen"; mit sentimentaler Ueberschwänglichkeit stimmen die deutschen Sozialdemokraten zu und treten ohne Würde, berauscht von ihren Hirngespinsten, „rückhaltlos auf den Boden" des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, der mit starrem Eigensinn darauf besteht, **daß die russischen Truppen so schleunig wie möglich gegen unsere treuen Vaterlandsverteidiger zum blutigen Angriff übergehen.** Engländer und Franzosen erklären trotzig, daß jede Berührung mit dem Feind auch in Gestalt von internationalen Sozialdemokraten verwerflich und zu verbieten sei. Deutsche Sozialdemokraten aber sinken jauchzend in ihre Arme! Seid umschlungen, Millionen!"

Zunächst ist es eine **faustdicke Unwahrheit, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat darauf besteht, daß die russischen Truppen so schleunig wie möglich zur blutigen Offensive übergehen** sollen. Im Gegenteil will diese revolutionäre Körperschaft die Verbündeten Rußlands dazu bewegen, auch ihrer seits sich **einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen** zustimmig zu erklären. Ein Teil der russischen **Bourgeoisie** ist darüber ebenso wütend, wie die **Alldeutschen** über die Friedensbestrebungen deutscher Sozialdemokraten. So hagelt es denn von allen Seiten **Verdächtigungen,** die den Friedenswillen der Völker hemmen sollen, deren innerste Absichten aber allmählich auch dem Kurzsichtigsten nicht mehr verborgen bleiben. Wenn die „Lübeckischen Anzeigen" darauf hinweisen, daß die englischen und französischen Sozialisten keine Pässe zur Fahrt nach Stockholm von ihren Regierungen erhalten haben, so genügt es wohl, daran zu erinnern, **daß gerade die alldeutsche Presse Ribot und Konsorten wegen dieser Tat gelobt hat.** Was wollen die Herrschaften also! Nicht die deutsche **Sozialdemokratie ist berauscht von Hirngespinsten, sondern jene Leute haben den Sinn für die Wirklichkeit verloren,** die noch immer glauben oder wenigstens anderen vorreden möchten, **daß der Krieg mit einer Zerschmetterung der anderen Mächtegruppe,** mit riesigen Ländereroberungen und Kriegsentschädigungen **enden werde.** In der deutschen Antwort an Tscheidse ist nichts von sentimentaler Ueberschwänglichkeit zu finden, wohl aber **leidenschaftliche Menschenliebe, die die Welt vor dem Ertrinken im Blutmeer bewahren will.** Wer aber dafür kein Gefühl hat, der macht sich nur **lächerlich,** wenn er behauptet, ein anderer gebe diesem Empfinden „ohne Würde" Ausdruck. Es ist ein Glück für Deutschland, daß die Wahrung seiner Würde nicht in den Händen alldeutscher Heimeroberer liegt! Schon jetzt dankt ihnen das feindliche Ausland eine Fülle von Material für die Kriegverlängerung, für das schließlich unsere treuen Vaterlandsverteidiger mit ihrem Blute büßen müssen. Vor allem deshalb wenden wir uns scharf gegen sie!

Wo bleiben die Höchstpreise für Frühkartoffeln? Der Kartoffelmangel ist jetzt sehr groß geworden. Auf eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit neuen Kartoffeln kann aber erst in einigen Wochen gerechnet werden. **Soll bis dahin aber der Wucher mit den Frühkartoffeln fortgesetzt werden?** Im vorigen Jahre wurde von Mitte Juni ab für Frühkartoffeln etwa 45 Pfg. bis herunter zu 25 Pfg. für ein Pfund gefordert. Und damals wurde von allen Seiten über den Kartoffelwucher geklagt und eine Preisregelung gefordert. Jetzt dagegen **muß man viel mehr als das Doppelte der damals höchsten Preise zahlen.** Das ist ein Wucher, der auf das schärfste gebrandmarkt werden muß. Gerade die jetzige Kartoffelnot hätte die Behörden veranlassen sollen, einen auch für die minderbemittelte Bevölkerung erschwinglichen Preis für Frühkartoffeln festzusetzen, damit sich jeder wenigstens einige Pfund pro Woche hätte kaufen können. Bei Preisen von einer Mark und mehr pro Pfund ist das aber unmöglich, ganz abgesehen davon, daß man zu solchen Wucherpreisen überhaupt keine Kartoffeln kaufen sollte, um nicht den Wucher noch zu unterstützen. Soll der Arme noch länger mit dem bitteren Gefühl an den in den Läden ausgestellten Leckerbissen vorbeigehen, daß auch die Kartoffel für ihn unerreichbar ist? Nein, das darf nicht sein, die Lasten, die jeder trägt, sind ohnehin schwer und drückend genug. Deshalb ist es eine zwingende Notwendigkeit, dem Wucher mit der für die menschliche Ernährung so wichtigen Kartoffel schnellstens ein Ende zu machen.

Die Verordnung des stellvertr. Generalkommandos zur Verhütung von Brandstiftungen erhält jetzt folgenden Zusatz: Jugendliche Ausflügler (Fußwanderer, Wandervögel, Pfadfinder und dergl. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre), die auf ihren Wanderungen durch Forsten, Wälder, Heiden oder Moore, einschließlich aller hindurchführenden Wege, sowie in oder 30 Meter im Umkreis von landwirtschaftlichen Gebäuden, Diemen und sonstigen Lagern von landwirtschaftlichen Vorräten im Besitz von Streichhölzern, Brenngläsern oder sonstigem Feuerzeug betroffen werden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen **mildernder** Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Höchstpreise für Gemüse und Obst. In der heutigen Zeitung werden die für die kommende Woche von Montag, den 25. Juni ab gültigen Höchstpreise für Gemüse und Obst veröffentlicht. Alle Verbraucher müssen in ihrem eigenen Interesse nachprüfen, ob die ihnen abverlangten Preise den Höchstpreisen entsprechen und im Überretungsfalle sofort Anzeige erstatten. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst legt besonderen Wert auf diese Nachprüfung seitens der Verbraucher. Daß diese Höchstpreise niedrig sind, werden wohl selbst die Produzenten nicht zu behaupten wagen.

Ablieferungspflicht für Oelfrüchte. Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Da die Oelsaaternte schon begonnen hat, macht der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette darauf aufmerksam, daß alle gemäß der Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1916 beschlagnahmten Oelsaaten, also Raps, Rübsen, Hederich, Ravison, Dotter, Mohn, Leinsamen, Hanfsamen, Sonnenblumenkerne und Senfsaat auch in diesem Jahre dem Kriegsausschuß bezw. den von ihm bezeichneten Kommissionären ausgeliefert werden müssen.

Elektrizität und Gas. Amtlich wird gemeldet: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 21. Juni 1917 eine Verordnung beschlossen, nach welcher der Reichskanzler ermächtigt wird, die Erzeugung, die Fortleitung und den Verbrauch von Elektrizität und Gas sowie von Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser zu regeln. Die nach der Verordnung dem Reichskanzler zustehenden Befugnisse kann dieser durch eine seiner Aufsicht unterstehende Stelle ausüben.

Der Reise-Abmeldeschein. In einem Rundschreiben an die Bundesregierungen weist der Präsident des Kriegsernährungsamts zur Behebung von Zweifeln darauf hin, daß Personen, denen seitens ihrer Heimatsbehörde beim Verreisen ein Abmeldeschein ausgestellt worden ist, sich, wenn sie den Reiseort zwecks Rückkehr nach der Heimat wieder verlassen, dort abmelden und einen Abmeldeschein erhalten müssen, damit die Wiederaufnahme ihrer Versorgung in der Heimat erfolgen kann. Für das zwischenstaatliche Ausgleichsverfahren, das hierdurch nicht beeinträchtigt wird, sind nur solche Abmeldescheine zu sammeln, die zugleich die Bescheinigung des Gastorts enthalten, daß und wann der Fremde wieder abgemeldet ist.

Kautschuk-Billardbande. Am 25. Juni 1917 ist eine Bekanntmachung veröffentlicht worden, durch welche alles gebrauchte und ungebrauchte Kautschuk-(Gummi-) Billardbande in vulkanisiertem und unvulkanisiertem Zustande beschlagnahmt wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie sich in Billarden oder Teilen von Billarden befindet, oder nicht. Trotz der Beschlagnahme ist die Benutzung der Billarden zum Zwecke des Spielens erlaubt. — Ebenso ist die Veräußerung und Lieferung von Billardbande gestattet geblieben, sofern sie als Bestandteil eines Billards oder zur Ausbesserung eines Billards veräußert oder geliefert wird. Dagegen ist das Herausnehmen der Billardbande aus Billarden oder Teilen von Billarden sowie die Veräußerung oder Lieferung der herausgenommenen Billardbande oder von Billardbanden in Teilen von Billarden nur nach ausdrücklicher Einwilligung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums zulässig. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise erfolgt. Außerdem kann der Wortlaut bei den Polizeibehörden eingesehen werden.

wb. **Hansa-Theater.** „Der tolle Haßberg", ein dramatisierter Roman der Courths-Mahler. Der arme tolle Haßberg und sein reicher Freund Tondern lieben beide und bewerben sich beide um ein und dasselbe Mädchen, um Regina Baldus. Aber diese liebt nur den verrufenen tollen Rittmeister. Tondern sucht den Nebenbuhler aus dem Wege zu räumen. Erst mit einem Darlehen, durch das Haßbergs Schulden gedeckt werden, der sonst den „Rock" ausziehen müßte. Statt die Pistole zu nehmen, geht der Verlästerte nach Südwest, wo er zum ernsten gereiften Manne wird. Nach zwei Jahren kehrt er wieder. Dann wendet Tondern List und Verleumdung an, um den glücklicheren Freund im Auge seiner Geliebten herabzuwürdigen. Sie nimmt ihr Wort zurück und gewährt dem in den Krieg ziehenden Geliebten nicht einmal eine letzte Unterredung. Im Schützengraben am Weihnachtsabend — nach einem Feuerüberfall, bei dem Tondern tödlich verwundet wurde, bekennt dieser dem beliebten Rittmeister Haßberg, wie schlecht er an ihm gehandelt. Auch Haßberg hat einen Armschuß abbekommen. Ein Erholungsurlaub in der Heimat knüpft sich daran. Aber selbst dieser Besuch schmolz das Eis nicht, das sich um das Herz seiner Regina gelegt. Erst die volle Wahrheit — die zu bekennen er zu stolz war, und die sie von des Toten Mutter erfährt — bringt es soweit, daß „sie sich kriegen". Herr Werner-Cordes ragte über alle anderen Darsteller hinaus. Von den Damen verdient besonders Frl. Bühlmann genannt zu werden. Das Publikum nahm das Stück beifallsfreudig auf.

Milchpantscherei brachte die Haustochter Annemarie Jan-hen aus Kurau im April d. Js. vor das hiesige Schöffengericht. Sie wurde zu 400 Mk. Geldstrafe eventl. 80 Tagen Gefängnis verurteilt, auch wurde die Veröffentlichung des Urteils ausgesprochen. Es wurde festgestellt, daß sie der von ihr an einen Holländer gelieferten Milch wiederholt 16 bis 18 Prozent Wasser hinzugesetzt

habe. Gegen dieses Urteil hat die Angeklagte Berufung erhoben. Die Strafkammer ermäßigte die Strafe auf 300 Mk. eventl. 60 Tage Gefängnis. Die Veröffentlichung des Urteils bleibt bestehen.

Liebesg[illegible] für das Heer. Die vor einiger Zeit an dieser Stelle an [illegible] Bevölkerung gerichtete Bitte um Zuwendungen von Liebe[illegible] für das Heer hat bisher nur einen Erfolg gehabt: die [illegible] eines Herrn, der schon oft die Abteilung bedachte. Somit ist di[illegible] Abteilung von keiner anderen Seite mit irgendeiner Gabe für unsere Krieger beschenkt worden. Das ist wenig erfreulich. Wir verkennen nicht, daß an die Gebefreudigkeit von vielen Seiten Anforderungen gestellt werden, die zu befriedigen manchem unserer Mitbürger in dieser Zeit der Teurung nicht leicht wird. Aber es sind in unserer Stadt, die doch wirtschaftlich viel weniger gelitten hat als viele andere Städte, doch so manche, denen die Kriegszeit reiche Gewinne gebracht hat. An diese möchte die Abteilung für Liebesgaben die Bitte richten, derer zu gedenken, die im Felde — jederzeit in der Gefahr für Leben und Gesundheit — für die Sicherheit der Heimat wachen. Gaben werden jederzeit entgegengenommen St. Annenstraße 2, Spenden an Geld auch durch die Vorschuß- und Sparvereinsbank.

Hamburg. Von einem Großfeuer wurde Sonntag früh das Lagerhaus 23 der Firma Nathan Philipp & Co., Norderelbstraße auf Steinwärder, vernichtet. Obwohl das langgedehnte einstöckige Lagerhaus selbst, das leicht brennbare Stoffe, wie Zellulose, Futterstoffe, Säcke und dergl. mehr enthielt, völlig von den Flammen ergriffen war und daher kaum erhalten werden konnte, mußte die Feuerwehr doch mit aller Energie die Niederkämpfung der Flammen in Angriff nehmen, da die anstoßenden Lagerhäuser, die nur durch Brandmauern von dem brennenden Gebäude getrennt waren und zum Teil Explosivstoffe, wie Feuerwerkskörper, enthielten, in höchster Gefahr schwebten.

Bargstedt bei Buxtehude. Bei dem schweren Gewitter, das in der Nacht zum Freitag hier niederging, traf ein Blitzstrahl das Wohnhaus des Hofbesitzers Claus Heitmann, das samt einer danebenstehenden Scheune in Flammen aufging. Die Kinder konnten, nur mit dem Hemde bekleidet, aus den Betten geholt werden. Vom Mobiliar konnte nichts gerettet werden. Eine Kuh und 2 Schafe sind ebenfalls mit verbrannt.

Kiel. Selbstmord. Im Hause Jungmannstraße Nr. 35 wurde die aus Dithmarschen stammende Näherin H. tot im Bett aufgefunden. Sie hat sich aus unbekannten Gründen vergiftet. Die Lebensmüde war erst kürzlich aus dem Krankenhause entlassen. — Vergiftet. In der Schönbergerstraße 163 hatte sich eine Frau mit ihrem 3jährigen Kind vergiftet. Die Frau wurde von den Samaritern der Feuerwehr unter Benutzung des Sauerstoffapparates wieder zum Bewußtsein gebracht, beim Kind war bereits der Tod eingetreten.

Siek (Kreis Stormarn). Durch einen bedauerlichen Unglücksfall ist hier der 6 Jahre alte Sohn des Anbauers Johannes Steffen ums Leben gekommen. Der Junge war mit einigen anderen Knaben ins Feld gegangen, wo sie in einer tiefen Wassergrube badeten. Als die anderen Knaben schließlich fortgingen, blieb er allein im Wasser zurück und versank. Auf sein Hilfegeschrei kehrte einer der Knaben zurück und zog ihn aus dem Wasser. Leider kam die Hilfe zu spät, denn der Kleine war bereits tot.

Friedland i. M. Ein Kind verbrannt. Im benachbarten Domanialdorfe Schönbeck nahm ein etwa 6jähriger Knabe, dessen Vater im Felde steht, in Abwesenheit der Mutter eine Flasche mit Benzin, um ein Feuerzeug zu füllen. Als er zusehen wollte, ob dasselbe auch funktioniere, fing der Inhalt der Flasche Feuer und explodierte. Im Nu standen die Kleider des Knaben in hellen Flammen. In seiner Angst lief er auf die Dorfstraße hinaus, wo aber durch den Wind die Flammen nur noch mehr angefacht wurden. Schnell hinzu eilenden Erwachsenen, die sich selbst schwere Brandwunden an den Fingern zuzogen, gelang es zwar, die Flammen zu ersticken, jedoch war das Kind bereits so furchtbar verletzt, daß es am folgenden Tage qualvoll starb.

Rostock. Nicht kompetent. Wir berichteten, wie von der für den Bezirk Rostock wirkenden staatlichen Unterstützungskommission die Gewährung der Kleidungsunterstützung bei Ausschulung von Kriegerkindern abhängig gemacht worden war von der Konfirmation der Kinder und wie dieser weit abseits des allgemeinen Rechtsempfindens liegende Standpunkt der Kommission von dem mecklenburgischen Ministerium des Innern gebilligt wurde. Ein Anruf des Reichskanzleramts seitens der betreffenden Kriegerfrauen hat nichts gefruchtet. Vom Staatssekretär des Innern ist ihnen folgende Antwort geworden: „Die Entscheidung über die Zahlung von Familienunterstützung steht endgültig den obersten Landesbehörden zu. Es kann daher von hier aus nichts veranlaßt werden, nachdem das Großherzogliche Ministerium des Innern in Schwerin in Ihrer Unterstützungssache bereits entschieden hat." — Also nicht kompetent! Es bleibt bei dem Entscheid des mecklenburgischen Ministeriums, der so wenig mit dem allgemeinen Rechtsempfinden wie mit freigeistigem Denken etwas zu tun hat.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. Juni. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean und in der Nordsee sind durch unsere Unterseeboote neuerdings 7 Dampfer, 1 Segler und 2 Fischdampfer versenkt worden, unzwar die bewaffneten englischen Dampfer „Hollington" (42[illegible] Tonnen), Ladung anscheinend Munition, „Polyxena" (5737 To. mit Weizen und Stückgut aus Australien, „Orator" (3568 Tonnen „Baron Cawdor" (4316 Tonnen), beide tief beladen, „Achilles (621 Tonnen), Ladung Wein, die englischen Fischdampfer „Shamrock" und „St. Bernhard", der englische Gaffelschoner „Alwyn mit Kohlen, sowie zwei unbekannte Dampfer, von denen einer aus einem Geleitzuge herausgeschossen wurde.

Eins unserer Unterseeboote hatte ein Gefecht mit einem Bewachungsfahrzeug und einem feindlichen Unterseeboot, in dessen Verlauf ersteres durch Artillerie schwer beschädigt wurde. Das feindliche Unterseeboot wurde durch Salven eingedeckt. Ob Treffer erzielt wurden, konnte nicht festgestellt werden.

Ein anderes unserer Unterseeboote, das von einem feindlichen angegriffen wurde, erzielte auf dem Turm des Gegners einen Treffer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Lemberg, 24. Juni. Am 23. d. M. wurde ein schwer verletzter englischer Offizier in das hiesige Militärspital eingebracht, der über die Vorgeschichte seiner Gefangenschaft folgendes erzählte: Nach einer mehrstündigen, von französischen und japanischen Offizieren geleiteten Artillerievorbereitung sollte in einem Abschnitt der Lipa der Infanterieangriff einsetzen. Der englische Offizier bemühte sich jedoch vergebens, die von ihm befehligte Grabenbesatzung zum Ansturm und Vorstoß zu veranlassen. Die russischen Mannschaften weigerten sich entschieden. Als der englische Offizier energisch aufzutreten begann, fiel die Mannschaft über ihn her und schleuderte ihn weit über den Graben hinaus, sodaß er besinnungslos im Vorfeld liegen blieb, wo er von den österreichisch-ungarischen Truppen aufgegriffen wurde.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichskanzlers über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 sind von Montag, dem 25. Juni ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernerhin in Gültigkeit:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Spargel I. Sorte	65 ₰	75 ₰	1.— M.
„ II. „	45 ₰	52 ₰	0.70 M.
„ III. „	30 ₰	35 ₰	0.50 M.
„ IV. „	20 ₰	23 ₰	0.30 M.
„ unsortiert	45 ₰	52 ₰	0.70 M.
2. Spinat (Blattspinat)	28 ₰	34 ₰	0.45 M.
3. Rhabarber	8 ₰	10 ₰	0.14 M.
4. Stachelbeeren	30 ₰	35 ₰	0.45 M.
5. Frühwirsingkohl	22½ ₰	25 ₰	0.35 M.
6. Spitzkohl	15 ₰	17½ ₰	0.28 M.
7. Kohlrabi	22 ₰	25 ₰	0.35 M.
8. Erbsen a gereifjerte	40 ₰	48 ₰	0.65 M.
b gebrillte	18 ₰	22 ₰	0.30 M.
9. Mairüben	20 ₰	24 ₰	0.30 M.
10. Erdbeeren I Wahl	82½ ₰	1.— M.	1.25 M.
„ II „			
f. Verarbeitungszwecke	45 ₰	55 ₰	0.75 M.
Walderdbeeren u. Monatserdbeeren	1.— M.	1.20 M.	1.50 M.

Die Preise für Erdbeeren ermäßigen sich vom 26. Juni ab auf:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Erdbeeren I Wahl	55 ₰	65 ₰	0.85 M.
„ II „			
f. Verarbeitungszwecke	30 ₰	36 ₰	0.45 M.
11. süße Kirschen (weiche)	40 ₰	50 ₰	0.70 M.
süße Kirschen, harte große einschließlich Herbstkirschen	50 ₰	60 ₰	0.80 M.
Glaskirschen	45 ₰	55 ₰	0.75 M.

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Ausl. Obst und Gemüse.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle bezogenen ausl. Obst- und Gemüsesorten sind die Kleinhandelspreise gültig, die täglich an der Tafel in der Markthalle veröffentlicht werden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den betreffenden Obst- und Gemüsearten die Preise deutlich erkennbar auszuzeichnen. Eine Ueberschreitung dieser Preise ist strafbar.

Lübeck, den 22. Juni 1917. (1486

Landesstelle für Gemüse und Obst

Die Verordnung des kommandierenden Generals des IX. A.-K. zur Verhütung von Brandstiftungen ist dahin erweitert worden, daß den jugendlichen Ausflüglern (Fußwanderern, Wandervögeln, Wandern und dergl. im Alter bis zu 18 Jahren) auf ihren Wanderungen das Mitnehmen von Streichhölzern, Brenngläsern und Feuerzeugen verboten ist.

Der Wortlaut wird in den Amtsblättern veröffentlicht.

Der stellvertr. kommandierende General.
v. Falk,
General der Infanterie.

(1502

Die Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme von Kauf(Gamm-)Billardband" — Nr. G. 287/5. 17 KRA. — vom 15. Juni 1917 wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 25. Juni 1917. (1488

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Die Zentrale vom Roten Kreuz erlaubt sich die höfliche Bitte, den gütigst bewilligten, für den Monat Juni noch rückständigen monatlichen Beitrag bis zum 25. Juni in der von den Gebern bestimmten Kasse für „Rotes Kreuz, Kriegsspende" freundlichst einzahlen zu wollen. (1499

Die Zentrale vom Roten Kreuz.

Gesucht zum 1. Okt. n. jungen Gelehrten ohne Kinder e. Zweizimmer-Wohn. m. Dampfer oder Gasheizung, a. l. m. fl. Wasser. [illegible] (1501

Für Tischler.
Zu verk. mehrere 6 cm starke Bohlen (Ulme). (1500
Näh. Marquardstr. 19, pt.

Zu verk. 4 Segelhühner, auch als Schlachthühner. (1499
Näh. Schützenstr. 24a, I.

1 Spinnfedermatratze
zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis unt. H F 8 an die Exp. (1496

Sägespäne versch. Art, a. beschädigt. gr. u. fl. Posten, kauft zu höchsten Preisen (1496
B. Tessmer, Dankwartsgr. 15.

Verloren ein br. Portemonnaie mit Inhalt von Grimm Weg b. Kreuzstr. Abzugeben
(1501) Kreuzstr. 27 b.

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes, betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemarken für den Monat Juli 1917 erfolgt am 27. und 28. Juni 1917 in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags und 3 bis 8 Uhr nachmittags in der Börse, Eingang vom Markt, und zwar:

am 27. Juni an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **A—K,**

am 28. Juni an die Personen, deren Namen anfängt mit den Buchstaben **L—Z.**

Für den Monat Juli werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. **einer** der vier für den Monat Juli für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte D IX, F X, G XII, G XIII des Lebensmittelbuches;
2. **einer** der zum Bezuge von Zucker im Monat Juli gültigen Abschnitte R I bis R VI des Lebensmittelbuches und
3. **sechs** der Unterabschnitte 1 bis 14 der Abschnitte 6 und 7 der **Kartoffelkarte.** Selbstversorger und Personen, welche auf die Abschnitte 6 und 7 Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 9 Pfd. zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstr. 13, I, einen entsprechenden Ausweis.

Wenn nicht für alle Personen, welche ein gemeinschaftliches Lebensmittelbuch haben, Speisemarken entnommen werden sollen, ist für die Person, für welche Speisemarken verlangt werden, die Ausstellung eines besonderen Lebensmittelbuches in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Königstraße 69, unter Umtausch des vorhandenen Lebensmittelbuches zu beantragen.

Vom 30. Juni ab erfolgt die Ausgabe von Speisemarken wieder regelmäßig in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Königstraße 69.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II.

Lübeck, den 23. Juni 1917. (1487

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.
Geschäftsstelle: (1482
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Zu kaufen gesucht (1484
Haushaltungslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Liebesgaben für das Heer.

Erwünscht: **Rauchmaterial, Kautabak, eingemachtes und trockenes Obst, Rotwein, alkoholfreie Getränke, Musikinstrumente, gute neue Bücher.** Annahme St. Annenstraße 2. **Hauptsächlich erbeten werden jedoch Geldspenden.** Einzahlung entweder St. Annenstraße 2 oder Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank.

Um reichliche Zuwendungen bittet herzlich (1485

Die Liebesgaben-Abteilung der Vereine vom Roten Kreuz.

Am 16. Juni erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Mann, meines Sohnes treusorgender Vater, mein lieber Sohn und Bruder der Wehrmann

Friedrich Potthast

im 41. Lebensjahre am 8. Juni 1917 dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. Er folgte seinem Bruder Wilhelm, der am 17. März 1916 gefallen ist. Schmerzlich vermißt von seiner tiefbetrübten Gattin
Martha Potthast, geb. Diese.
Sohn **Karl.**
Caroline Potthast Ww.
Heinrich Potthast, zzt. im Felde, und Frau, und Familie.
Böttcherstraße 3. 1498

Zentralverband der Töpfer.
Filiale Lübeck.

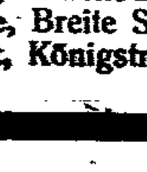
Als weiteres Opfer im Weltkriege fiel unser treuer Kollege 1494

Friedrich Potthast.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Seine Kollegen.

Gefunden eine silb. Brosche.
1480) Abzuh. Vorbeckstr. 18a.



Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (1483
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.
am Dienstag, dem 26. Juni 1917
abends 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Die Erhöhung der Teuerungszulagen.
2. Aussprache.
3. Bericht der Gewerkschaftshaus-Kommission.
4. Innere Verbandsangelegenheit.

1492) Die Lokalverwaltung.

Vom Sonntag, dem 24. Juni an bis Ende September d. J. halten die unterzeichneten Handlungen in

Drogen-, Parfümerie- und photographischen Artikeln

ihre Verkaufslokale an den Wochentagen während der

Mittagszeit von 1½ bis 3 Uhr

und an den Sonntagen gänzlich geschlossen.

C. F. Alm, Holstenstrasse 12.
C. F. Alm, Moislinger Allee 6a.
Wilh. Ausborn Nachf., Beckergr. 68.
Wilh. Bandholz, Hüxstrasse 92.
J. Becker, Dornestrasse 29.
F. W. Busch, Roeckstrasse 5c.
Christoph Duve, Gr. Burgstr. 35.
Carl Mayer, Fackenburger Allee 10.
Emil Hahn, J. Moll Nachf., Schwartauer Allee 32.
Heinr. Heinkendorf, Markt 15/16.
Ed. Hellmann, Kronsforder Allee 8c.
Wilh. Hohenschild, Marlistr. 42c.
Ernst Jablonowsky, Hüxtert.-All. 7.
Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20.
Christoph Jensen, Kottwitzstr. 20/22
Ferd. Kayser, Breite Strasse 81.
Ad. Kilwinsky, Gr. Burgstr. 44.
Anton Köster, Breite Strasse 15.
Carl Muss, Schüsselbuden 1.
Carl Pagel, Wickedestr. 3.
Franz Priem, Arnimstrasse 10c.
Franz Priem, Dankwartsgrube 30.
Franz Priem, Ratzeburger Allee 44.
Aug. Prösch, Mühlenstrasse 29.
Carl Schmidt, Lindenstrasse 37c.
A. M. Schultz, Hansastrasse 92.
Otto Sehlke, Fackenburger Allee 70.
J. J. Struve, Breite Strasse 95.
Julius Vogt, Königstrasse 66.

1490

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Der tolle Haßberg.

Stadthallen-Sommertheater 1497
Dienstag, den 26. Juni 1917:
Die beiden Seehunde.
Mittwoch, den 27. Juni 1917:
Der Soldat der Marie.
Donnerstag, d. 28. Juni 1917:
Der Soldat der Marie.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Nr. 146
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 25. Juni 1917

Über das Ergebnis des Nürnberger Konsumgenossenschaftstages

schreibt Genosse August Kasch in unserem Nürnberger Parteiblatt:

Mit dem Ausdruck der Empfindung, daß die persönliche Anteilnahme an Veranstaltungen von dem Wesen und der Wichtigkeit der Genossenschaftstage von weittragender Bedeutung sei, gab am Dienstag nachmittags Rechtsrat Dr. Merkel die Quintessenz der Erfahrungen wieder, die er als Gast — und zwar als außerordentlich ausdauernder und aufmerksamer — aus den Verhandlungen gewonnen zu haben glaubte. Unzweifelhaft sind die Genossenschaftstage geeignet, dem tiefer blickenden Beobachter und Beurteiler der Dinge bleibende Eindrücke zu vermitteln. Zunächst unzweifelhaft den, daß hinter den in glattesten Formen bewußter Sachlichkeit sich abspielenden Verhandlungen das Walten einer Kraft steckt, die unser gesamtes Wirtschaftsleben mehr und mehr zu beeinflussen und umzugestalten berufen und befähigt ist. Nahezu tausend Männer und Frauen aus allen Gauen des Deutschen Reiches, von Memel bis Mülhausen, von Emden bis Kattowitz, von Flensburg bis Kempten, mitten im schwersten Weltkriege zusammengetreten, um sich Rechenschaft abzulegen über den Fortschritt der von ihnen verfochtenen Ideen und zu beraten über die Möglichkeiten, weitere Fortschritte zu erzielen — das ist gewiß eine Kundgebung, die Achtung abnötigt und der auch die Achtung nicht versagt wird. Diese selbst für friedliche Zeiten ungewöhnlich hohe Zahl legt Zeugnis ab für die gewaltige Werbekraft, die der Genossenschaftsgedanke in den breiten Massen der Verbraucher im letzten Jahrzehnt — und vor allem auch trotz des Krieges! — zu entfalten vermochte, und sie spricht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus, daß die Beschwerden und die Forderungen, welche die Konsumvereine erheben, nicht der Meinung einiger weniger, sondern der Stimmung großer, wichtiger und wertvoller Volksteile entspringen. So erhalten diese ein Gewicht, das ihnen die Erfüllung in höherem Maße sichert als sie minder fest gegründeten Ansprüchen beschieden ist.

Ein anderer Eindruck ist wohl der, daß in den Konsumgenossenschaften ein kräftiges Selbstbewußtsein waltet, dem jede Selbstüberhebung fernliegt. In voller Erkenntnis der jetzigen Grenzen ihrer Kraft trachten sie in unerschütterlichem Vertrauen auf die sieghafte Gewalt des Genossenschaftsgedankens nach deren Erweiterung. Die alljährlich gezogene Bilanz aber zeigt, daß es in diesem Jahre in rascherer Gangart, nächstes Jahr vielleicht in langsamerem Schritte hinausgeht über die engen Grenzen, daß die Eroberung der Zukunft planmäßig vor sich geht. Nicht zum mindesten trägt dazu die Befolgung der weisen Regel bei, die am Montag Heinrich Kaufmann noch einmal unterstrich: Alles machen, aber nicht alles auf einmal! Die in vorsichtiger Abwägung der Erfolgmöglichkeiten geübte Selbstzucht bei der Verwirklichung ihrer hochstrebenden Pläne ist nicht zum wenigsten eine Ursache des raschen Wachstums der Konsumvereine.

Um dieses zu ermessen, braucht man sich nicht erst in die Zahlen der Berichte zu vertiefen, es tritt uns auch auf dem Genossenschaftstage in zahlreichen Einzelheiten vor die Augen. Ob über die Tätigkeit der Vereine im Kriegswirtschaftsdienste oder über das genossenschaftliche Fortbildungswesen, ob über die Notwendigkeit öffentlich-rechtlicher Vertretung der Verbraucher oder über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes und sein Tarifamt, diese segensreich wirkenden sozialen Einrichtungen, verhandelt wird, immer gewahrt man, daß hier eine rasch emporblühende Bewegung in zielbewußter Arbeit um die Lösung der mit dem Wachstum in steigender Zahl ihr zufallenden Aufgaben ringt und daß sich bei ihr gesunde Kraft mit dem redlichen Willen zur befriedigenden Lösung paart. Doch nicht nur in der Fülle der Leistungen liegt der Beweis des glänzenden Fortschritts, sondern auch in der von außen kommenden Anerkennung. Wenn der Oberbürgermeister Nürnbergs der örtlichen Konsumgenossenschaft als tüchtigem Gliede der mächtigen Zentrale seinen Dank zollte, wenn Rechtsrat Dr. Merkel die rastlose Arbeit und die zähe Ausdauer als die Grundlagen der glänzenden Entwicklung feierte und die sturmtrotzende Festigkeit der Konsumvereine im Gegensatz zu faulen und nicht widerstandsfähigen Zweigen der privatkapitalistischen Wirtschaft feststellte, wenn der Vertreter des Generalkommandos im Erfolge der Konsumgenossenschaftsbewegung ein Bild Deutschlands erblickte, das marschiert, wo es will, und wenn endlich der Abgeordnete des Allgemeinen Verbandes, der in Kreuznach die heute im Zentralverbande geeinten Elemente von sich stieß, das Kriegsbeil begrub und mit Recht das einigende Ziel der Hebung des sittlichen und materiellen Wohls des kleinen Mannes betonte und auf Fortdauer der jetzt wieder hergestellten Interessengemeinschaft nach dem Kriege hoffte, so darf man das alles als hocherfreuliche Anzeichen begrüßen, daß mit der wachsenden äußerlichen Macht des Zentralverbandes auch sein moralischer Einfluß so mächtig geworden ist, daß er eingerostete Vorurteile spielend zu beseitigen und dankbares Lob zu erringen vermochte, wo ihm vor kurzem noch kurzsichtige Verkennung und Mißachtung, wenn nicht Schlimmeres, zuteil wurde. Die Aschenbrödelrolle ist ausgespielt, die Allgemeinheit hat erkannt, daß der Konsumvereinsbewegung der Schuh paßt, der nur für besonders geartete Wesen geschaffen ist.

Mit um so größerem Nachdruck und Aussicht auf Erfolg kann sie deshalb auch Front machen gegen den einer üblen Vergangenheit angehörenden kleinlichen und gehässigen Geist bewußter Konsumvereinsfeindschaft, der sich da und dort noch mausig macht und gegen den der Vertreter der Konsumvereine im Kriegsernährungsamt, Dr. August Müller, kräftige, durch den stürmischen Beifall des Genossenschaftstages verschärfte Worte der Abwehr und Verurteilung fand, die ihre Wirkung hoffentlich nicht verfehlen werden. Das „Stück aus der Tollkiste", das Verbandssekretär Vietl brandmarkte, das in der zwangsweisen Verteilung der Konsumvereinsmitglieder an Händler als Kunden gipfelte und das einen Ausfluß jener blinden und engherzigen Mittelstandsretterei darstellt, die schon vor dem Kriege so viel Unheil anrichtete und gerechte Erbitterung erzeugte, ist aus jenem, für einen gewissen Teil des Preußentums charakteristischen Geiste geboren, dem alle „Neuorientierung" ein Greuel ist, der alle Maßnahmen gesünderer Staatsweisheit dickköpfig durchkreuzen möchte und dadurch in ernstester Zeit in unverantwortlichster Weise die Geschlossenheit der Nation stört und sich am Volksinteresse schwer versündigt. Daß auf diesen Tropfen Gift, der dem deutschen Volke im Blute gärt, einmal vor aller Welt mit dem Finger gezeigt, daß den rücksichtslosen Quertreibern einmal rücksichtslos die Zähne gezeigt wurden, das war ebenso notwendig wie herzerfrischend.

Die Konsumgenossenschaften sind genügend realpolitisch veranlagt, um zu wissen, daß die Widerstände, mit denen sie bislang zu kämpfen hatten, nicht von heute auf morgen beseitigt werden, daß nicht mit einem Schlage „alles in Butter schwimmt", sie erkennen die wesentliche Besserung gegen frühere Zeiten an und wirken unverdrossen weiter, um auch die verbleibenden Reste urteilsloser Voreingenommenheit zu beseitigen. Mit den auf wirtschaftlichen Interessengegensätzen beruhenden Hemmungen werden sie schon fertig werden in dem Bewußtsein, daß für den Ausgang das von Rechtsrat Dr. Merkel zitierte Kanzlerwort entscheidend ist: Freie Bahn dem Tüchtigen! Ist die Bahn frei von willkürlich gezogenen Schranken, deren Beseitigung heute mit erfolgreicher Wucht durchgeführt wird, dann gehört sie ohne weiteres den Tüchtigen.

Das Bewußtsein, mit allen Kräften auch während des Krieges den Interessen der Allgemeinheit gedient und in der Stunde der Gefahr das eigene Volk nicht im Stiche gelassen zu haben, berechtigte die Konsumgenossenschaften auch, in der Frage des Friedens ein Wort mitzureden. Ihre glänzende Entwicklung während des Krieges ändert nichts an der Tatsache, daß der Boden, der sie trägt und nährt, das freie, friedliche Zusammenleben und Zusammenwirken der Völker ist. Nicht das Schwert, sondern Pflugschar und Kelle sind die Symbole ihrer Tätigkeit. Ihre in ausdrücklicher Betonung unerschütterlichen Verteidigungswillens ausgesprochene Friedenssehnsucht ist daher, wie Heinrich Lorenz, der Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, mit Nachdruck hervorhob, nicht ein Zeichen übler Flaumacherei, sondern des dem eigenen Kraft- und Machtbewußtsein entsprungenen echt menschlichen Verlangens nach endlicher Verwendung menschlicher Intelligenz und menschlichen Fleißes für Kulturzwecke, statt für Kulturvernichtung. Die Waffen nieder! Frieden! Die ehrliche Kundgebung war um so eindrucksvoller, als sie den ausländischen Konsumgenossenschaften keine Zweifel frei ließ über den unbeugsamen Willen ihrer deutschen Genossen, die Grenzen und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit Deutschlands unversehrt zu erhalten, und besonders den Franzosen unmißverständlich zu erkennen gab, daß auch für die elsaß-lothringischen Konsumgenossenschafter die Zugehörigkeit der Reichslande zu Deutschland ein Kräutlein Rührmichnichtan ist. Möge die Stimme der Vernunft Widerhall finden!

Konsumgenossenschaftstage entbehren der Lebhaftigkeit, die politische Tagungen gemeinhin auszeichnet, aus begreiflichen Gründen. Zu einem großen Teil erledigen sie durch berufene Organe vorher wohlerwogene geschäftliche Angelegenheiten, und im übrigen greifen sie in öffentliche Angelegenheiten nur ein, soweit diese ihre besonderen Interessen berühren. Je stärker aber die Konsumgenossenschaftsbewegung wird, je größere Gebiete des Wirtschaftslebens ihre Tätigkeit, namentlich durch die selbständige Warenerzeugung, erfaßt, je mehr finden sie auch Veranlassung, zu öffentlichen Angelegenheiten unbeschadet ihres ausgesprochen rein wirtschaftlichen Charakters Stellung zu nehmen. Sie tun das ihrer Bestimmung gemäß, der Allgemeinheit nach besten Kräften zu dienen, und gegenüber dem bunten Wirrwarr egoistischer Bestrebungen das Ideal gemeinnützigen Wirkens zu verfechten. Je mehr sie wachsen, je mehr Bedeutung wird man ihnen und den Kundgebungen ihrer Organe schenken müssen. Daß ihr Einfluß segensreich ist, hat der Krieg auch die gelehrt, die davon bisher nichts wissen wollten. So ergibt sich als Lehre aus diesen Tatsachen, daß der segensreiche Einfluß der Konsumgenossenschaften gestärkt wurde. Die Nürnberger Tagung hat dies aller Welt vor Augen geführt. Möge das Volk in Erkenntnis dieses Sachverhalts handeln!

Eine deutsche Antwort.

Stockholm, 20. Juni. (Eig. Bericht.)

Auf die Aeußerungen des französischen Munitionsministers Albert Thomas im Stockholmer „Socialdemokraten" über das Memorandum der deutschen Delegation, erwidert der deutsche Delegierte Dr. Eduard David folgendes:

Thomas Ausführungen haben mich insofern angenehm berührt, als Thomas in unseren Erklärungen kein Manöver erblickt, sondern die Ueberzeugung gewonnen hat, daß er es mit der wahren Auffassung der deutschen Sozialdemokratie über Krieg und Frieden zu tun hat. Leider ist es ihm nicht gelungen, unsere Auffassung sachlich zu verstehen und zu würdigen. Seine sehr einseitig orientierte Denkweise steht ihm offenbar hindernd dabei im Wege.

Daraus erkläre ich mir seine Ueberraschung darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gegen die Anwendung gewisser Mittel und Methoden der Kriegführung durch die deutsche Heeresleitung protestiert. Das wäre ein sehr einseitiger Protest. Thomas scheint nichts von dem Berge Anklagematerial zu wissen, das gegen die Kriegführung der Ententestaaten von deutscher Seite aufgehäuft worden ist.

Es saust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

16. Fortsetzung. **Nachdruck verboten.**

So hatte ich also denn nichts anderes zu tun, als ruhig auf meiner Seifenkiste zu hocken und mir den Bruder Mason anzuschauen. Er hatte ein gutmütiges, etwas gerötetes Gesicht und mochte etwa um die Fünfzig sein; das kurzgeschorene Haar war bereits stark ergraut, der Bart jedoch noch ganz rotblond. Ich entnahm aus ein paar Sätzen, die er mit Henriette wechselte, daß er mit Kolonialwaren hausierte, wodurch sich auch die Geschenke erklärten, die er mitgebracht hatte.

Er machte den Eindruck eines Menschen, der starke Getränke liebt, war aber sonst nicht gerade unsympathisch, wenn ich ihn mir auch unmöglich als Leiter einer Sonntagsschule vorstellen konnte.

Während ich mir das überlegte, machte er plötzlich eine Kopfbewegung gegen mich hin und fragte mit tiefer Baßstimme:

„Katholisch?"

„Nein, protestantisch," antwortete ich, froh, daß endlich das beklemmende Schweigen gebrochen war.

„So, sind Sie denn keine Irin?"

„Nein," sagte ich lachend, „ich bin Amerikanerin."

„Hm. Aber Ihre Eltern waren doch Iren?"

„Nein, auch die waren Amerikaner. Aber meine Großeltern stammten aus Irland."

„Ich habe es mir gedacht," sagte er. „Ich habe es Ihnen angesehen, daß Sie aus Irland stammen. Siehst du, habe ich nicht gute Augen, Schwester Manners?"

Henriette war damit beschäftigt, die Teller und Tassen zu waschen und sie mit einem Handtuch abzutrocknen, das wir bereits vorher benutzt hatten, als wir den Schmutz und Staub der Fabrik uns abwuschen. Sie sah nur flüchtig von ihrer Beschäftigung auf und sagte mit einem strengen, scharfen Tone in der Stimme:

„Du scheinst immer noch nicht zu wissen, Bruder Mason, daß ich es nicht liebe, wenn man meine Freundinnen kritisiert."

Bruder Mason antwortete nicht, und auch ich schwieg still, denn ich wollte nicht den Anlaß zu Zänkereien zwischen den beiden geben.

„Sind Sie etwa selbst Ire?" fragte ich ihn nun nach einer Weile.

„Ja," antwortete er, „ich bin aus Wicklow, aber ich bin nicht katholisch. Früher war ich allerdings Katholik, aber dann vor zwanzig Jahren wurde ich durch Gottes Gnade bekehrt, und nun bin ich Methodist. Bei einer der Versammlungen von Sankey und Moodey war es, wo ich bekehrt wurde. Sie haben doch gewiß schon von Sankey und Moodey gehört?"

Er stopfte umständlich seine Pfeife und sah mich dabei erwartungsvoll an.

„Ja," antwortete ich, „davon habe ich allerdings schon gehört."

„Und nun," sagte er, indem er die Pfeife anzündete, „bin ich denn Leiter einer Sonntagsschule geworden und gebe mir die größte Mühe, die einzig wahre Lehre zu verbreiten. Das weiß kein Teufel, was da an Mühe und Arbeit drinsteckt. . . ."

Dann wandte er sich an Henriette:

„Magst du deine Freundin nicht vielleicht morgen abend mitnehmen?"

„Ich hindere sie weder daheimzubleiben noch mitzugehen," antwortete sie schroff.

Sie war nun mit dem Geschirr fertig und setzte sich auf eine Kante der Seifenkiste, die Mason in Besitz genommen hatte.

„Komm her, meine Süße, du hast mich ja doch lieb!" sagte er, legte ihr den Arm um den Nacken und tätschelte sie auf die Wange.

Sie wurde sogleich wieder sanft, legte den Kopf an seine breite Brust und begann ihn dann leidenschaftlich zu küssen.

Ich saß auf meiner Kiste in der Ecke, empfand mich als ziemlich überflüssig und wurde nach und nach verlegen.

Dann aber begann Bruder Mason, fortwährend an seiner Pfeife lecken und schmatzend, seine Ansichten über Religion und Politik zu entwickeln. Hin und wieder wurde er von Henriette unterbrochen, die von dem beißenden Tabaksqualm zu husten anfing, aber dennoch nicht von ihrem Platze weichen wollte.

Bruder Mason erzählte, er sei Mitglied von Tammany Hall, und er sei auch in dem Geschäft, für das er reise, so etwas wie ein Vertrauensmann. Das änderte natürlich nichts an meiner Ueberzeugung, daß er die Waren, die er an diesem Abend mitgebracht hatte, und die wohl nicht die ersten und auch nicht die letzten waren, kurzerhand seinem Geschäfte gestohlen hatte. Immerhin war es recht interessant, ihm zuzuhören, denn er war weit in der Welt herumgekommen und hatte viel gesehen. Er selbst sagte, daß er nie eine Schule besucht und nie etwas gelernt habe, so daß er nicht einmal seinen Namen schreiben könne, aber es war dennoch gewissermaßen etwas Erfrischendes an seiner Unwissenheit, weil hinter ihr ein gesunder Instinkt hervorschaute, der Henrietten vollständig mangelte.

Ich war halb froh und halb traurig, als er nach einigen Stunden Henriette beiseite schob und sagte, er müsse nun fort, — froh, weil es mir peinlich war, ihren Zärtlichkeiten beiwohnen zu müssen, und traurig, weil es mir davor grauste, mit Henriette allein in dem dunklen, abscheulichen Hause zurückbleiben zu müssen.

Mitternacht war bereits vorüber, aber Henriette sagte, sie werde Mason bis zu der Schenke an der Ecke begleiten, denn sie wolle eine kleine Flasche Branntwein kaufen.

So gingen sie denn, und ich blieb allein in dem ungemütlichen, halbdunklen Zimmer zurück.

Als ich hörte, daß sie die Treppe hinunter waren, nahm ich die Lampe von der Tonne und begann mich etwas genauer in der Wohnung umzusehen, schaute in den Alkoven, wo das schmutzige unappetitliche Bett stand und sah sogar hinter die Kleider, die an der Wand hingen; — ich weiß selbst nicht, wie es kam, aber ich fürchtete mich in diesem Hause. . . . Ich stieß das Fenster auf, beugte mich hinaus und versuchte unwillkürlich abzuschätzen, wie viel Meter es bis zur Straße hinunter seien. Denn wenn irgend etwas passieren sollte — — — —

Ich mußte mich über meine eigenen Gedanken wundern. Was sollte denn passieren? Und vor was fürchtete ich mich denn eigentlich?

Ich wußte es damals nicht und weiß es auch heute noch nicht recht; vielleicht war es der weibliche Instinkt, der mich warnte; jedenfalls beschloß ich, wach zu bleiben und mich nur halbentkleidet niederzulegen.

Ich schloß das Fenster wieder, ging weiter und warf einen Blick in die eisenbeschlagene Kiste, deren Deckel offen stand. Sie war fast bis an den Rand mit Büchern angefüllt; obenauf lagen ein paar Gesangbücher, der Rest bestand aus billigen Hintertreppenromanen, wie schon die Titelbilder besagten. Ich nahm einige der Bücher in die Hand. Faith Manners stand auf dem einen, Hope Manners auf dem anderen, Patience Manners auf dem dritten. . . . .

Der Schein der Lampe spiegelte sich in den Flaschen an der Wand und lenkte dadurch meinen Blick auf sie. Ich stellte die Lampe auf die Tonne zurück und betrachtete mir die Flaschen etwas näher; ein Teil davon war mit geschmackvollen Etiketten beklebt, auf denen Namen wie Jockey-Klub, Parma Violet, Heliotrop usw. standen. Es waren ihrer mehrere Dutzend und als ich von einigen vorsichtig die Stöpsel entfernte, durchströmte ein köstlicher Duft das armselige Zimmer.

Neben diesen Flaschen stand ein ganzes Warenlager anderer, aber das waren schon nicht mehr Parfümflaschen, sondern die Aufschriften sagten nur zu deutlich, daß sie Whisky und sonstigen Fusel enthalten hatten, dessen scharfer, widerlicher Geruch noch jetzt in ihnen war.

Es ekelte mich vor dieser ganzen Umgebung. Es grauste mir vor diesem Hause. . . .

Ich faßte einen raschen Entschluß.

Wenn Henriette zurückkam, sollte sie mich nicht mehr vorfinden, — das würde die beste Lösung sein. Und so nahm ich eilig meinen Hut und Mantel und schlich leise über die stockfinstere Treppe auf die menschenleere Straße hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Dabei spielt auch die Behandlung der deutschen Gefangenen, die Tötung von Verwundeten sowie sonstige, durch keine militärische Notwendigkeit gebotene Brutalitäten der französischen Kriegführung eine hervorragende Rolle. Ich bin gern bereit, ihm auf Wunsch reichhaltiges Material zu liefern in der Hoffnung, daß er nach Kenntnisnahme nicht nur die Einseitigkeit des Urteils korrigieren, sondern auch energisch auf Abhilfe bei der Regierung, welcher er angehört, hinwirken würde. Thomas versteht weiter nicht, wie wir einerseits die uns entrissenen Kolonien zurückverlangen, andererseits aber den unter französisch-englischer Fremdherrschaft stehenden Ländern wie Aegypten, Marokko, Indien, Tibet usw. unsere Sympathie entgegenbringen können bei deren Bestrebungen, ihre verlorengegangene nationale Staatlichkeit wiederzugewinnen. Sollte es so schwer sein, die Unterscheidungslinie zu sehen, die unser Memorandum innehält? Wir anerkennen das Recht der Selbstbestimmung für alle Völker „gehobener Kultur", die Wiedererlangung oder Neuaufrichtung staatlicher Selbständigkeit zu erstreben. Im Unterschied von ihnen bezeichnen wir als Kolonien solche Gebiete, die von primitiven Eingeborenen bewohnt werden, denen Voraussetzung und Wille zur nationalen Selbständigkeit fehlen. Dazu gehören Senegambien, Französisch-Kamerun, Dahomey, Britisch-Ostafrika, die Kongogebiete usw. So wenig das Fehlen dieser Gebiete in der Aufzählung der Staaten, welchen wir nationales Selbstbestimmungsrecht zuerkennen, Widerspruch bedeutet, so wenig bedeutet Widerspruch, daß wir den Ententestaaten das Recht absprechen, Deutschland seine Kolonien wegzunehmen, um sie dem eigenen Kolonialbestande einzufügen. Es ist im übrigen eine falsche Auslegung dessen, was wir über das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehobener Kultur mit ehemaliger eigener Staatlichkeit sagen, wenn Thomas es so hinstellt, als wolle Deutschland sie von ihren seitherigen Beherrschern „losreißen" und daß es „nicht länger dulden könne, daß sie unter der Gewalt der Feinde bleiben". Wir sprechen den in Betracht kommenden Völkern unsere Sympathie aus bei ihren Bestrebungen zur Wiedererringung ihrer nationalen Freiheit. Von einem Eingreifen Deutschlands mit Mitteln der Gewalt ist nirgends die Rede. Es mutet uns sonderbar an, daß das von den Ententestaaten verkündete Prinzip der Nationalitätenbefreiung gerade da aufhört, wo das Prinzip der Staaten anfängt. Was die Frage Elsaß-Lothringens anlangt, so verzichte ich auf ethnographische Unterlagen zur historischen Rechtsfrage, da ich sehe, wie wenig die Hinweise im Memorandum auf die Auffassung Thomas über das, was „recht" sei, Eindruck gemacht haben. Seine Hinweise auf die Stellung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870 können auf die deutsche Sozialdemokratie schon deshalb keinen Eindruck machen, weil die Genannten sich später bedingungslos auf den Boden des neugeschaffenen politischen Zustandes gestellt haben.

Unser Memorandum gibt die durch Parteitagsbeschluß von 1913 einstimmig bestätigte Auffassung der deutschen einschließlich der elsaß-lothringischen Sozialdemokratie wieder. Es weist auch darauf hin, daß diese Regelung der elsaß-lothringischen Frage im Sinne der innerpolitischen Autonomie im Rahmen des Reiches auch von der französischen Partei anerkannt wurde. Auf dieser Voraussetzung bewegten sich auch die Verständigungsverhandlungen zwischen den französischen und deutschen Parlamentariern in Bern und Basel; als ich Pfingsten 1914 von Thomas in Basel Abschied nahm, geschah es in der festen Ueberzeugung, daß uns keine entgegengesetzten Auffassungen in der elsaß-lothringischen Frage trennten. Heute hat er die vor dem Kriege getroffene Vereinbarung verlassen. Ich weiß sehr wohl, daß er das damit begründet, daß Deutschland den Frieden gebrochen habe. Damit sei auch die elsaß-lothringische Frage wieder aufgerollt. Aber dieser Rechtsboden ist hohl.

Thomas ist allem Anschein nach zwar jetzt davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg vom Zaun gebrochen habe und über seine friedliebenden Nachbarn im Osten und Westen hergefallen sei, getrieben von imperialistischer Eroberungsgier und dem Drange nach Welthegemonie. Er hält uns deutsche Sozialdemokraten, die wir meinen, mit gutem Recht unser Land zu verteidigen gegen eine Welt von Feinden und gegen imperialistische Eroberungspläne schlimmster Art, für arme „Betrogene". Ich gestatte mir, den Spieß umzukehren und meine Ueberzeugung auszusprechen, daß die französische Sozialdemokratie mit ihrer Ueberfallslegende ein Opfer zarischer Diplomatie und der an sie geketteten eigenen Regierung geworden ist. Die Hauptschuldigen an diesem Kriege saßen in Petersburg. Hier war die „verbrecherische, über Bord zu werfende Regierung". Sie ist glücklicherweise inzwischen über Bord geworfen worden. Die Mitschuldigen der zarischen Diplomatie sind freilich noch nicht beseitigt. Noch haben in den westlichen Demokratien die imperialistischen Eroberungspolitiker das Heft in der Hand, und wie sie die Mitschuld am Kriegsausbruch tragen, so tragen sie die ebenso schwere Schuld an seiner Verlängerung.

Thomas fragt, welche Garantien eines dauernden Friedens in den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands gegeben seien. Wir haben in Deutschland allerdings eine wesentlich aus feudalen Schichten hervorgegangene Regierung. Aber so ohnmächtig in der Hand der imperialistisch-kapitalistischen Interessentenkreise, wie die Regierungen in den sogenannten Demokratien des Westens, befindet sich die leitende deutsche Bureaukratie nicht. So sehr wir in Deutschland auf die Durchsetzung freiheitlicher innerpolitischer Zustände und auf Erringung einer wirklichen Demokratie hinstreben, wie ich hoffe, mit Erfolg hinstreben, so wenig teilen wir die Illusion, daß man solche wirkliche Demokratie in Frankreich, England und Amerika bereits hat. Was dort herrscht, ist eine Oligarchie kapitalistisch-imperialistischer Interessenten, die uns der Krieg noch deutlicher offenbart hat, als sie im Frieden bereits sichtbar war. Diese Demokratie der kapitalistischen Bourgeoisie ist eine Demokratie des Scheins und der Phrase. In der Tatsache, daß die Arbeiterschaft und die sonstige besitzlose Masse des Volkes in jenen Ländern nicht mehr, sondern im Gegenteil weniger Einfluß auf die Diplomatie der Regierung ihres Landes hat wie die Arbeiterschaft in Deutschland, sehe ich das Haupthindernis zu einem baldigen, die Lebensnerven aller Völker lähmenden Frieden zu gelangen, einem Frieden, der sich aufbaut auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der dadurch die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Ernährungsfragen.

Halbheiten.

Das Kriegsernährungsamt hat auf eine Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen erwidert, daß in erster Linie die Marmeladenfabriken mit Obst versorgt werden sollten, und daß eine Deckung des Kaffeebedarfs voraussichtlich nur soweit in Frage komme, als noch Deckung des erforderlichen Bedarfs nach Lebensmitteln sei sein werde. Stimmt schon dieses „voraussichtlich" bedenklich, so erscheint das noch weit gefährlicher die im Schlußsatz der Antwort ausgedrückte Ansicht: „Bei der Entscheidung der Frage, ob Obstwein hergestellt werden darf, kann nicht außer acht bleiben, daß angesichts der Teuerungsverhältnisse auf dem Weinmarkte und des wirklichen Mangels an Wein, auch des Mangels an Bier, Kaffee und Tee die Herstellung von Obstwein als Ersatzgetränk immerhin von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist." — Wir müssen zugeben: den Wert des Bieres und des Obstweines unterschätzt das Kriegsernährungsamt gewiß nicht, wohl aber scheint es den Wert des Wassers als Ersatzgetränk sehr gering zu achten. Nur wird leider durch die falsche Einschätzung der Bevölkerung wiederum Obst und Zucker zugunsten des Obstweinwuchers entzogen.

Billig muß die Arbeitskraft sein!

Angeblich hat ein Ersatzbataillon sich zur Zuweisung von Mannschaften für den Frühdrusch nur bereit erklärt, wenn diese neben voller Beköstigung eine Barlöhnung von 5 Mk. täglich erhalten. Dagegen erhebt ein Landwirt, der durchaus nichts von sich hören ließ, als die riesigen Frühdrusch-Prämien bekannt gemacht wurden, Widerspruch. Er behauptet, daß solche Löhne die Landwirtschaft zu Grunde richten. Ueberzeugender würde er freilich wirken, wenn er uns vorrechnete, wieviel Mann und wieviel Arbeitsstunden „extra" zur Bewältigung einer Tonne Frühdrusch nötig sind. Dann würde man ja ermessen können, was von der 60-Mark-Prämie für den Landwirt übrig bleibt. Die „Deutsche Tageszeitung" fordert natürlich, daß „zum mindesten" die Entlohnung der Druschkommandos den ortsüblichen Lohnverhältnissen der verschiedenen Gegenden angepaßt werde. Richtiger dürfte es ihr also scheinen, daß die Militärverwaltung, wie bei den Kriegsgefangenen, noch etwas zuzahle.

Beschlagnahme der neuen Gerste.

Mit Rücksicht auf die bereits beginnende Gerstenernte gibt das Kriegsernährungsamt bekannt, daß durch die neue Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1917 die Gerste allgemein beschlagnahmt ist. Es können also von den Landwirten nicht wie im abgelaufenen Jahre bestimmte Mengen zurückbehalten oder freihändig veräußert werden, auch nicht zu Saatzwecken. Für den Handel mit Saatgerste werden demnächst neue Verordnungen erscheinen. Ebenso über die den Landwirten zu eigenem Verbrauch zu überlassenden Mengen.

Aus der Partei.

Die Schweizer Parteispaltung. Neun sozialistische Nationalräte erlassen in der Presse folgende Erklärung: „Der Parteitag in Bern vom 10. Juni 1917 will uns die Pflicht auferlegen, die Landesverteidigung grundsätzlich abzulehnen und Militärkredite zu verwerfen. Wir sind und bleiben Sozialdemokraten, ebenso sind und bleiben wir Internationalisten, eine Verpflichtung aber, die unserer sozialdemokratischen Ueberzeugung widerspricht, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab."

Der Deutsche Metallarbeiterverband in der Kriegszeit.

Zum zweitenmal in der Kriegszeit hält der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine statutengemäß fällige Generalversammlung in der Zeit vom 27. bis 30. Juni in Köln a. Rh. ab. Das soeben erschienene Jahrbuch des Verbandes für 1916 legt Zeugnis sowohl von einer rührigen Werbearbeit als auch von einer nachhaltigen und erfolgreichen Tätigkeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder ab. Es enthält neben einer kurzen Einleitung wichtige Abhandlungen über die Lebensmittelzusatzrationen für Schwer- und Schwerstarbeiter, Schlichtungsausschüsse für die Metallindustrie, Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, die Frauenarbeit in der Metall industrie, 25 Jahre Deutscher Metallarbeiter-Verband, Geschäftsergebnisse von 70 Aktiengesellschaften, Tarif- und Lohnbewegungen. Einzelne dieser Aufsätze, insbesondere die über das 25jährige Bestehen des Verbandes und über die Tarif- und Lohnbewegungen enthalten wertvolles Agitationsmaterial und zeigen, daß zähe Ausdauer und unermüdliche Aufklärungs- und Organisationsarbeit trotz aller Hemmnisse zum erstrebten Ziele führt. Was in dem Aufsatz über das 25jährige Bestehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gesagt ist, gilt über den Rahmen dieser Organisation hinaus auch für unsere übrigen Gewerkschaften.

Die Mitgliederzahl des Verbandes war von 531 991 bei Kriegsausbruch auf 234 307 Ende 1915 zurückgegangen. Von da an setzte eine langsame Aufwärtsbewegung ein, die im Jahre 1917 in eine lebhafte Steigerung überging und zurzeit noch anhält. 1916 traten dem Verband 114 176 neue Mitglieder bei. Zum Heeresdienst wurden 1916 62 157 Mitglieder eingezogen und 32 104 wieder entlassen. Die Mitgliederzahl steigerte sich bis Ende 1916 auf 247 380 = um 13 053; sie beträgt Anfang Juni dieses Jahres 305 755. Seit Kriegsbeginn sind unter Anrechnung der aktiv Dienenden 392 374 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen und 56 068 wieder entlassen worden. Nach Abzug der Gefallenen und der zur Anfertigung von Heeresarbeiten Entlassenen beträgt die Zahl der rechnungsmäßig dem Heeresverband noch angehörenden früheren Mitglieder 318 847 = 58,02 Prozent des Mitgliederstandes am 1. Juli 1914. Ueber die Entwickelung des Mitgliederstandes wird im Jahrbuch gesagt, daß der Verband damit „vollauf zufrieden sein kann und aus der raschen Steigerung der Mitgliederzahl im ersten Vierteljahr 1917 die Hoffnung geschöpft werden kann, daß die begonnene Stärkung des Verbandes auch weiter anhalten wird." Unter der Mitgliederzahl nach dem Stande von 1916 befinden sich 49 434 weibliche Mitglieder = eine Zunahme von 15 587 gegenüber 1915. Mit Rücksicht auf den starken Zugang weiblicher Arbeitskräfte in die Metallindustrie liegt hier für den Verband noch ein großes Arbeitsfeld offen.

Die Zahl der an den Lohnbewegungen beteiligten Metallarbeiter war die höchste seit Bestehen des Verbandes. Sie übertrifft mit 662 017 Beteiligten die bisherige Höchstzahl mit 307 667 im Jahre 1912 um 361 350, hat sich also mehr als verdoppelt. Letztere Veranlassung zu diesen bedeutenden Lohn- und Teuerungsbewegungen ist die enorme Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes verbunden mit dem in der Kriegszeit keineswegs verlangsamten Bestreben der Organisation auf eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Metallarbeiter. Im einzelnen verzeichnet der Bericht unter der großen Zahl von Bewegungen 14 Angriffs- und 6 Abwehrstreiks mit zusammen 9951 Beteiligten, die mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter endigten. Von allen vom Verband durchgeführten Bewegungen wurden 1154 = 92,9 Prozent mit 537 809 Beteiligten mit vollem, 53 = 6,7 Prozent der Bewegungen mit 131 191 Beteiligten mit teilweisem Erfolg beendet. Nur 5 Bewegungen mit 107 Beteiligten waren erfolglos. Ein Resultat, wie es noch nie zu verzeichnen war.

Erreicht wurde für 4452 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 2¾ Stunden pro Woche, für 519 255 Beteiligte Erhöhung der Löhne von zusammen 2 288 063 Mk. = durchschnittlich 4,40 Mk. für den einzelnen pro Woche, außerdem für 269 876 Beteiligte Kriegs- und Teuerungszulagen im Gesamtbetrag von 707 348 Mk. = durchschnittlich 2,26 Mk. für den einzelnen pro Woche. Weitere 87 027 Beteiligte haben an Lohnerhöhungen teilgenommen, über welche genaue Angaben nicht gemacht werden konnten. Die Gesamtzahl der an den Bewegungen Beteiligten, für welche Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen erzielt wurden, beträgt 606 262 Personen.

Neben den Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen wurden erreicht für 23 363 Beteiligte der Abschluß eines Tarifvertrages, für 29 069 Beteiligte Regelung der Akkordarbeit, für 41 178 Beteiligte Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, für 114 413 Beteiligte sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse und für 1842 Beteiligte die Beseitigung von Mißständen. Ueberaus groß ist auch die Beteiligung der Arbeiterinnen mit 150 481 an den Lohnbewegungen des Verbandes und hier ist noch viel nachzuholen, wie auch die Bezahlung der männlichen Arbeitskräfte der Metallindustrie trotz der erzielten Lohnerhöhungen keineswegs überall ausreichend ist. Für die deutschen Metallarbeiter werden die erzielten Erfolge aber sicher ein Ansporn zur weiteren Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sein und sie veranlassen, alle Kräfte einzusetzen, um die Arbeitsbedingungen sein und sie veranlassen, daß auch die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitskameraden mit der Wahrung ihrer Interessen durch die Daheimgebliebenen zufrieden sein können. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hofft, daß die Zeit der Heimkehr der im Felde stehenden Kameraden nicht mehr allzufern ist und sich dieselben wieder restlos der Organisation anschließen werden. Geschieht das, dann würde der Deutsche Metallarbeiter-Verband die schwere Zeit des Krieges nicht nur ohne Mitgliederverlust überstanden haben, sondern gestärkt daraus hervorgehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Landarbeiter-Verband hat sich auch im Kriegsjahre 1916 gut behauptet. Er habe 6249 Mitglieder und 300 Ortsgruppen, von denen mehr als 60 von Frauen verwaltet werden. In Heeresdienste stehen über 11 000 Mitglieder. Die Einnahme auf den Kopf des Mitgliedes sind wesentlich gestiegen, doch kann der Verband seine Rechnung nur durch einen Zuschuß der Generalkommission im Betrage von 40 000 Mk. ausgleichen. Der größte Ausgabeposten ist die Krankenunterstützung. Der Verbandsvorstand erklärt es für gesichert, daß der Landarbeiter-Verband den Krieg überdauern und nach dem Kriege kräftig wachsen werde.

Geschmacklose Traktätchenliteratur in Kriegsbetrieben. In einigen Betrieben, die für Rüstungszwecke arbeiten, werden Blätter verteilt, auf denen ein gutgenährter, faulenzender Arbeiter mit den Händen in den Hosentaschen dargestellt ist. Daneben steht der folgende Vers:

„Fluch über den Mann, der jetzt müßig geht!
Fluch über die Faust, die jetzt ruht!
Denkt, die ihr abseits vom Amboß steht,
Draußen fließt Blut!"

Dieses Blatt, das von der Zensurbehörde in Berlin genehmigt wurde, ist eine Geschmacklosigkeit sondergleichen. Den Arbeiter, der heute faulenzt — zumal unter dem Hilfsdienstgesetz — möchte wir sehen. Es ist dringend geboten, daß bei Maßnahmen für die Arbeiter durch die maßgebenden Kreise vorher die Meinung der berufenen Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eingeholt wird, vor allem aber, daß die weitere Vertreibung des besprochenen Flugblattes sofort unterbunden wird, da es geeignet ist, die Arbeiter in der Rüstungsindustrie, die während des Krieges durchaus ihre Pflicht erfüllen, von neuem schwer zu erregen und zu erbittern.

Die Stellung der Schweiz zur Internationalen Gewerkschaftskonferenz. Der Schweizer Gewerkschaftsbund hat es bekanntlich trotz Legiens wiederholter Aufforderung abgelehnt, die Einladung zu der Internationalen Gewerkschaftskonferenz zu versenden, die inzwischen am 8. Juni in Stockholm stattgefunden hat. Er war auch auf dieser Zusammenkunft nicht vertreten. Diese Haltung der Schweizer Gewerkschaften hat ihre einzige Ursache darin, daß sie es gegenwärtig noch für unmöglich ansehen, die Organisationen in den Entente-Ländern zur Teilnahme zu gewinnen. Der Schweizer Gewerkschaftsbund hatte, schon ehe der Gedanke an Stockholm auftauchte, im Einverständnis mit Legien die Verbindung mit den Entente-Gewerkschaften wieder herzustellen gesucht, aber es war ihm nicht geglückt. Die rein gewerkschaftlichen Schreiben nach Frankreich und Spanien wurden von der französischen Militärbehörde angehalten. Von Belgien und den Vereinigten Staaten kam keine Antwort. Italien erwiderte, daß es einer internationalen Zusammenkunft zugeneigt sei, aber den Zeitpunkt jetzt für nicht günstig halte. Appleton, England, hingegen schrieb, daß der Landesausschuß des Hauptverbandes der englischen Gewerkschaften eine internationale Gewerkschaftskonferenz für unmöglich halte, solange der Krieg noch fortgehe: „Die Empfindung des Ausschusses — die ich vollständig teile — ist, daß eine Konferenz mehr schaden als nützen könnte, solange die Wogen der nationalen Erbitterung so hoch gehen." Die englischen Gewerkschaften lehnen also nach wie vor jede internationale Beratung auch über reine Arbeiterfragen ab. Es bleibt abzuwarten, ob sie diesen Standpunkt auch nach Stockholm werden aufrecht erhalten. Der Schweizer Gewerkschaftsbund hält das Zustandebringen einer internationalen Gewerkschaftskonferenz erst nach Einigung der politischen Arbeiterpartei für aussichtsvoll. Er will jedenfalls an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz erst dann teilnehmen, wenn die Franzosen, Italiener und Engländer oder wenigstens die eine oder die andere dieser Landeszentralen die Beteiligung zusagt. Hoffentlich ist das nur für die nach der Schweiz einberufene September-Konferenz der internationalen Gewerkschaften der Fall.

Soziales.

Die Aktionäre der Volksfürsorge — deutsche gewerkschaftliche Zentralverbände und Konsumvereine —, die zur Gründung der Volksfürsorge 1 Million Mark Aktienkapital und zur Errichtung der Gesellschaft 200 000 Mk. zinsfrei als Organisationsfonds zur Verfügung stellten, haben in den ersten drei Geschäftsjahren jeweils auf die ihnen satzungsgemäß zustehenden Zinsen in Höhe von 40 000 Mk. freiwillig zugunsten der Versicherten verzichtet, in den Jahren 1914 und 1915 zugunsten des Kriegsreservefonds. Dadurch ist dieser Fonds in einer Weise gestärkt worden, daß den Hinterbliebenen der im Kriege fallenden Versicherten trotz des kurzen Gesellschaftsbestandes und trotz des langen und störenden Weltkrieges verhältnismäßig günstige Versicherungssummen ausgezahlt werden können. Da das günstige Geschäftsergebnis des letzten Jahres es zuließ, trotz beträchtlicher Zuweisung an die verschiedenen Reserven noch eine Erhöhung der Dividende der Versicherten auf 7 Proz. vorzunehmen, schlägt die Verwaltung der diesjährigen Generalversammlung vor, für das abgelaufene Geschäftsjahr 1916 die auf 4 Proz. festgesetzten Jahreszinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital von 1 Million Mark an die Aktionäre zur Auszahlung zu bringen. Die Generalversammlung wird diesem Antrage gern zustimmen, da die Organisationen der Aktionäre durch den dreimaligen Verzicht während der Dauer des Krieges für die Versicherten der Volksfürsorge finanzielle Opfer gebracht haben, die nicht hoch genug angeschlagen werden können.

Aus dem Gerichtssaal.

15 Monate Gefängnis wegen Getreideschiebungen. Nach dreitägiger Verhandlung ist vor der Posener Strafkammer der Prozeß gegen den Gutsbesitzer Lorenz Martietan aus Brudnia im Kreise Hohensalza zu Ende geführt worden. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von 15 Monaten Gefängnis und 26 800 Mark Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Durch Blitzschlag getötet wurden bei einem in Heinersdorf (Kreis Landsberg) niedergegangenen Gewitter, das mit Hagelschlag verbunden war, 30 Kühe und anderes Vieh.

Explosion in der Festung Kuba. Nach einem Telegramm aus Havanna ist das Magazin der Festung Kuba in die Luft geflogen. Die ganze Stadt wurde verschüttet. Eine Person wurde getötet, viele verletzt. Es heißt, daß eine in der Nähe des Magazins niedergelegte Bombe die Ursache der Explosion war.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.